

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beigabelgeld monatlich 5 500 000 Mark.
In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 M. Bei Postbezug
monatl. 5 486 000 M. Unter Streiss in Polen monatl. 9 000 000 M. Danzig 2,5 Guld.
Deutschl. 2,5 Rml. Einzelnummer 300 000 M., Sonn- u. Feiertage 350 000 M.
Bei höherer Gewalt. Betriebsförderung. Arbeitsniederlegung ob Ausperrung hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung ob Rückzahlg. d. Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonialzeile 200 000 Mark, die 90 mm
breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 bis 75 D. Pf.
Deutschland 15 bzw. 75 Goldpf., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
vorrat und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
jährlich erlaubt. — Öffentliche 500 000 M. — Für das Erscheinen der
Anzeigen am bestimmten Tag und Blätter wird keine Gewähr übernommen.
Poststellenkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 83.

Bromberg, Dienstag den 8. April 1924.

48. Jahrg.

Gegen den Chauvinismus!

Für die Rechte der nationalen Minderheiten.

Der „Dziennik Bydgoski“ und das Deutschland
in Polen.

In seinem Leitartikel in der Nummer 80 vom 4. April dieses Jahres wendet sich der „Dziennik Bydgoski“ in bemerkenswerter Weise gegen den Chauvinismus und tritt für die Rechte der Minderheiten ein, soweit sie diesen durch die Verfassung und die Verträge verbürgt sind. Der Artikel enthält zwar noch manche Irrtümer, auf die wir weiter unten noch zurückkommen. Trotzdem ist es für uns von Interesse, zu erfahren, wie sich das parteilose Organ der Christlichen Demokratie (Chadecja) zu unseren Lebensfragen stellt. Es schreibt u. a.:

In ihrer Presse und im Sejm beschlagen sich die Deutschen fortwährend über Unterdrückung, der sie angeblich in Polen ausgesetzt sind. Es kann sein, daß hier und da in einem Übermaß von Anger von Seiten der unteren Organe Schritte getan wurden, die mit den Grundsätzen unserer sehr liberalen Verfassung nicht im Einklang stehen. Solche Dinge können überall vorkommen, und man darf sie nicht verallgemeinern, wie dies die Deutschen oft tun — und übrigens nicht diese allein, denn unsere lieben Mitbürger im östlichen Grenzgebiet treten nicht anders auf. Von den Juden ganz zu schweigen.

Wir gehören nicht zu denjenigen, die das preußische Lösungswort „ausrotten“ auf unsere Fahne geschrieben haben. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß jede Art Chauvinismus, der sich auf die falsche Auffassung des Begriffs Patriotismus stützt, verderbt ist. Er ist direkt die Verneinung des wirklichen Patriotismus und des wohlverstandenen staatlichen Interesses. Den nationalen Chauvinismus im Verhältnis zu den Deutschen pflegen vorwiegend Leute, die sich während der Okkupationszeit in sicherer Reserve hielten oder die die Deutschen überhaupt nicht kannten. Das Motiv ist häufig gewöhnliches Geschäftsinteresse, maskiert mit patriotischen Phrasen.

Was uns anbetrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Deutschen, soweit sie polnische Staatsangehörige sind, in vollem Maße die Rechte ausüben müssen, die ihnen in der Verfassung und in den Verträgen ausgesetzt sind. Die Rechte und die Pflichten. Wer polnischer Staatsbürger geblieben ist, der bekenne sich auch zu den Pflichten, die ihm die Zugehörigkeit zum Staat auferlegt. Wer aber für Deutschland votiert hat, muß Polen verlassen. Der Streit über dieses Thema, den die Deutschen mit Polen führen, findet in der polnischen Gemeinschaft kein Verständnis, denn nicht nur die Deutschen haben ihre Rechte, es hat sie auch der polnische Staat. Vor allem bezüglich der Optanten und Ansiedler, deren Verbleib auf polnischer Erde nicht aufhört, uns die schrecklichen Leiden ins Gedächtnis zu rufen, die uns die Ansiedlungskommission zugefügt hat.

Wenn die ganze deutsche Gemeinschaft es nicht begreifen will, daß diese Dinge im Sinne der Interessen Polens geregelt werden müssen, und sich weiter an den Böllerbund oder an den Haager Gerichtshof mit Klagen über Polen wenden wird, so wird damit für lange Zeit die ernsthafte Verständigung erschwert. Die Deutschen müssen begreifen lernen, daß es Dinge gibt, welche uns reiten, und daß der polnische Staat das Recht hat, für seine Sicherheit an seiner westlichen Grenze zu sorgen.

Der „Dziennik Bydgoski“ erinnert an den Völkerwissenseinfall im Jahre 1920 und behauptet, daß es unter den polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität ganze Scharen von Feinden der polnischen Staatslichkeit gibt. Damit müsse die polnische Gemeinschaft reden, und deswegen könne es niemanden in Erstaunen setzen, daß sie um eine Minderung der Gefahren besorgt sei.

Dies soll jedoch nicht gleichbedeutend sein mit der Unterdrückung des deutschen Elements; das wollen verständige Politiker überhaupt nicht. Im Gegen teil wollen sie die deutsche Bevölkerung, soweit sie innerhalb der Grenzen des polnischen Staates geblieben ist, für die polnische Staatsidee gewinnen. Wir verstehen wohl, daß dies nicht von heute auf morgen gelingen kann, sondern daß dies eine längere Zeit erfordert. Erst künftige Geschlechter werden sich in die polnische Staatslichkeit einleben, denn man kann, wenn wir die Sache vom psychologischen Standpunkt aus betrachten, nicht verlangen, daß sich alle diejenigen mit ihrem Los aufzutreden geben, die in der Sonne der Hohenzollern aufgewachsen sind und sich daran gewöhnt haben...

Der „Dziennik Bydgoski“ erinnert zum Schluss seiner Ausführungen an die Kränkungen, welche die noch lebende polnische Generation unter preußischer Herrschaft erfahren hat. Wir wollen heute nicht gegen das vorgebrachte Material polemisiern, das wir schon oft an dieser Stelle beprochen haben. Wir machen uns nicht zu Verteidigern der preußischen Polenpolitik und außerdem liegt es uns fern, durch einen Vergleich der vergangenen Tage mit unserer heutigen Situation den Beweis dafür zu erbringen, daß das, was in den letzten fünf Jahren wider das geschriebene und unge schriebene Recht der Minderheiten gesündigt wurde, mit der preußischen Polenpolitik überhaupt nicht zu vergleichen ist. Wie gering er scheint z. B. der so oft und gern vorgeführte Wagen des Dramas gegenüber den bedeutsamen Zwischenfällen, über die wir unaufhörlich berichten können.

In unserer letzten Nummer wurden die erschreckenden Bissen der deutschen Emigration mitgeteilt. Danach haben in den fünf Jahren der polnischen Unabhängigkeit über 900 000 Deutsche die polnisch gewordenen Provinzen verlassen, während nur 50 000 Polen ihren Wohnsitz aus dem Reich in ihre polnische Heimat verlegt haben. Auch diese Gegenüberstellung spricht eine deutliche Sprache. Sie zeigt, daß es nicht an den Deutschen liegt, wenn die Verständigung zwischen zwei großen Nachbarnationen noch immer nicht auf gutem Wege ist.

Für alle verständnisvollen und politisch klugen Säke, die in dem angeführten Aussatz des „Dziennik Bydgoski“ enthalten sind, fühlen wir uns zu Dank verpflichtet. Wir wissen, daß zu jeder verständigen Äußerung über das Minderheiten-

problem und vornehmlich über die „deutsche Frage“ anberordentlich viel Mut gehört. Die Diskussion ist jetzt — wie auch der nachstehende Artikel beweist — auf einer breiten Front eröffnet; wir werden vermutlich noch oft Gelegenheit haben, uns mit diesen lebenswichtigen Grundgesetzen für die Unabhängigkeit und Sicherheit der polnischen Republik auseinanderzusetzen.

Eine Warschauer Artikelseerie.

(Sonderbericht unserer Warschauer Redaktion.)

Unter der Überschrift „Auf der Spur der großen Jagdeillovischen Idee“ kündigt das Warschauer Witworgan „Echo Warszawskie“ eine Reihe von Artikeln an, in welchen die Minderheitenpolitik Polens von verschiedenen Gesichtspunkten und vom Standpunkt der verschiedenen Parteien aus betrachtet werden soll. Das Blatt wirkt in der Sonntagsnummer die Frage auf, welcher Art die Politik Polens gegenüber den nationalen Minderheiten sein muß.

Zunächst nimmt der Präs des Z. N. L. Klubs Kozielski (Nationalist) das Wort. Er sagt unter anderem:

Vor allem muß festgestellt werden, daß die Politik unseres Staates nicht einseitig sein darf in allen Angelegenheiten, die die nationalen Minderheiten, die auf dem Territorium des polnischen Staates wohnen, betreffen. Man muß nämlich daran denken, daß die Deutschen ein eingeschworenes Element, die Juden, obwohl seit langem in diesem Gebiet wohnhaft, durch nichts mit diesem Lande verbunden seien, und nur allein die russische und weißrussische Bevölkerung sei innig mit dem Lande, in welchem sie wohnen, verbunden. Unser Verhältnis zu den Deutschen ist keine komplizierte Frage. Wenn Polen in allem Umfang die Rechte ausüben kann, die ihm durch den Versailler Friedensvertrag zustehen, dann wird zwischen dem polnischen Staat und den deutschen Bürgern ein Grund zur Nichtverhandlung vorhanden sein. Zum Zustandekommen guter Beziehungen mit den Deutschen ist eine äußerst wichtige Angelegenheit die genaue Einhaltung der Festsetzungen des Versailler Friedensvertrages und die Liquidierung aller Rechte, die hieraus entstehen.

Bezüglich der jüdischen Bevölkerung äußerte sich Kozielski, daß diese einen besonderen Charakter aufweise und er über diese Frage nicht weiter reden möchte.

Zu den Russen und Weißrussen übergehend, erklärt Kozielski: Ich erachte es für außerordentlich wichtig, darauf hinzuweisen, daß das Bestehe des polnischen Staates in den gegenwärtigen Grenzen eine geschichtliche Notwendigkeit ist. In der geographischen Lage, in welcher sich Polen gegenwärtig befindet, kann es weiter nur unter zwei Bedingungen verbleiben: 1. wenn es eine Großmacht sein wird, 2. wenn es ein geschlossenes und einheitliches Reich bilden wird. Die Bevölkerung müsse auf die Staatsinteressen Rücksicht nehmen und vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß dessen Einflüsse gesichert werden. Das Territorium, das gegenwärtig vom polnischen Staat eingenommen wird, ist zur Erhaltung des Staates unbedingt erforderlich. Hieraus ergibt sich, daß uns nichts zur Aufgabe unserer gegenwärtigen Landesgrenzen bewegen darf. Mit dieser Tatsache müsse sich vor allem die nichtpolnische Bevölkerung auf dem Gebiete Polens abfinden. Die Staatsbürger des polnischen Staates, ohne Rücksicht darauf, welcher Nationalität sie anzuhören, müssen alle Pflichten erfüllen, welche aus dem Titel Bürger auf sie entfallen. Es liegt nicht die Notwendigkeit vor, die Minderheiten (gemeint ist hier in erster Linie die nichtpolnische Bevölkerung in den Ostgebieten. D. Schrift.) zu verfolgen oder gar auszurotten. Man muß alles möglich tun, damit sie auf Frieden ist.

Die deutsche Sejmfraktion zur Hochwasser-Katastrophe.

Anttag

des Abg. A. Utta und anderer Abgeordneter von der Deutschen Vereinigung im Sejm wegen Einleitung einer sofortigen Hilfsaktion von Seiten der Regierung für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe.

Trotzdem vorauszusehen war, daß die Flüsse aus ihren Ufern treten und ganze Gebiete überschwemmen würden, haben weder die Regierung noch die Selbstverwaltungen irgend welche Schritte unternommen, um der drohenden Gefahr vorzubeugen und das Leben und Eigentum der die bedrohten Gebiete bewohnenden Bevölkerung zu sichern.

Die Folgen dieser Nachlässigkeit der Behörden und der alle Erwartungen übertreffenden Höhe der Überschwemmungen sind furchtbar. Hunderte von Familien sind obdachlos geworden und besitzen auch nicht die geringsten Existenzmittel. Die aufgenommene private Hilfsaktion ist nicht imstande, auch nur die notwendigsten Bedürfnisse der Opfer der Überschwemmungskatastrophe zu befriedigen.

Angesichts dessen beantragen die Unterzeichneten:

Der hohe Sejm möge beschließen:

der Sejm fordert die Regierung auf, eine sofortige ersteilige

Hilfsaktion für die durch die Überschwemmung Be-

troffenen einzuleiten.

Warschau, den 8. April 1924.

Der Antragsteller.

Interpellation

der Abg. A. Utta und Klinko von der Deutschen Ver-
einigung im Sejm an den Herrn Kriegsminister betr. das,
angesichts der ganzen Familien drohenden Lebensgefahr
passive Verhälten der nach dem Dorfe Lomianki
entstandenen Militärabteilungen.

Am 1. April d. J. begaben sich die unterzeichneten Inter-
pellanten nach dem Dorfe Lomianki, Gemeinde Młociny, Kreis
Warschau, um an Ort und Stelle den Umfang der durch die
Überschwemmungskatastrophe angerichteten Schäden anzusehen und womöglich eine Hilfsaktion für die Betroffenen einzuleiten. In wenigen Minuten versammelte sich um uns

Die Polenmark am 7. April

(Vorläufiger Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig: 1 Dollar — 9 300 000 p. M.
1 Million p. M. — 0,82 Gulden

Warschau: 1 Dollar — 9 350 000 p. M.
1 Dm. Gulden — 1 625 000 p. M.

Valorisationsfrank: 1 800 000 p. M.

Goldmark (P. R. A. P.): 2 222 000 p. M.

eine größere Anzahl der durch die Überschwemmung betroffenen, die uns unter anderem gelagert haben, daß sich die nach Lomianki angekommenen Militärabteilungen unätig in der Nähe der Chauffer aufhielten und der ihr Leben und Gut rettenden Bevölkerung keine Hilfe erweisen haben. Der Landwirt Georg Talmann brachte auf dem Dache eines durch das Eis und Wellen halb zerstörten Hauses mit noch 11 Personen über 24 Stunden zu. Sein Bett und Flehen um Hilfe blieb ohne Erfolg. Wenn nicht der Voigt der Gemeinde Młociny, Herr Marami, mit den Bürgern Kazimierz und Liszewski aus Burakowo, die Unglücklichen gerettet hätte, so wären sie vor den Augen der sich in der Nähe aufhaltenden Militärabteilung in den Fluten umgekommen. Dieses Verhalten des Militärs hat sehr niederdrückend und empörend auf die britische Bevölkerung eingewirkt.

Angesichts dessen fragen die Unterzeichneten an:

1. Zu welchem Zweck wurden die Militärabteilungen nach Lomianki entsandt?
2. Haben diese Abteilungen den Befehl erhalten, den durch die Überschwemmungen Betroffenen bei der Rettung ihres Lebens und Eigentums Hilfe zu leisten?
3. Wenn ja, ob die diesem Befehl entgegen Handelnden zur Verantwortung gezwungen wurden?

Warschau, den 8. April 1924.

Die Interpellanten.

Auf dem Wege nach Wien.

Die polnische Regierung hat den Besluß des Bölkervereinrates, die Verhandlungen mit Deutschland in Sachen der Auslegung des Minderheits-Schutzvertrages fortzuführen, angenommen. Der Vorsitzende des oberösterreichischen Schiedsgerichts, Radenbeck, hat sich damit einverstanden erklärt, den Vorsitz bei den Verhandlungen als Vermittler und erforderlichenfalls als Schiedsrichter zu übernehmen.

Zum Führer der polnischen Delegation für die bevorstehenden polnisch-deutschen Verhandlungen in Wien wurde Dr. Przydyski aus Posen ernannt, der bereits am 4. d. M. nach Wien abgereist ist.

Wenn zwei dasselbe tun . . .

Unlängst kam aus Beuthen die Nachricht, daß der Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes in Königshütte und ein für den deutschen Schulverein tätiger Sektor von den polnischen Behörden unter der Auschuldigung des Hochverrates festgenommen wurden. Ihr Verbrechen sollte darin bestanden haben, daß sie als polnische Staatsbürger eben solcher polnischen Staatsangehörigen deutschen Stamms ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum reichsdeutschen Behörden gegenüber hervorgehoben hätten. Wir könnten in diesem „Vergehen“ beim besten Willen keine Strafat erblicken und trosten uns damit, daß anscheinend die polnische Minderheit in Deutschland ebenso darüber denkt, was folgende Urkunden beweisen, die von der „Königsh. Alt. Blg.“ in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurden und folgenden Wortlaut haben:

1. Bünd der Polen in Ostpreußen.

Presseagentur Tgb.-Nr. 1118/21.

Marienwerder, 21. Okt. 21.

Bengnis.

Wir bestreiten hiermit, daß Herr Wladislaw Siebert, Landarbeiter in Dr. Robzonne, Kreis Löbau, geb. am 1. Dezember 1875 in Tinnwalde, Kreis Löbau, aus politischen Gründen hier arbeitslos geworden, und daß er gegangen ist, eine dauernde Beschäftigung in Polen zu suchen.

S. war Vertrauensmann des Bundes der Polen in den allerkritischsten Zeiten und hat uns bei den Wahlen große Dienste geleistet.

Wir bitten, seine Bemühungen zur Erlangung einer Parzelle oder einer Beschäftigung zu begünstigen.

Bünd der Polen in Ostpreußen.

Presseagentur.

2. Bestreiten mit Gegenwärtigem, daß dem Franziskusoleck, Besitzer aus Glaznoy (polnischer Name für Marienfelde, D. Red.), Kreis Osterode, als einem Optanten

für den polnischen Staat keine Hindernisse für seine Überfahrt nach Polen in den Weg gelegt werden.

Glaznoy, den 10. Juli 1922.

gez. Pfarrer Falk

So lauten die beiden Dokumente, die uns wahrhaftig nicht den Tatbestand eines strafrechtlichen Delikts zu enthalten scheinen. Es wurde darum vernünftigerweise auch weder dem polnischen Pfarrer Falk der Prozeß gemacht, noch dem Bünd der Polen in Ostpreußen, der ungestört weiterarbeiten kann, während sein Gegentück, unser Deutschlandsbund, seit Monaten geschlossen ist.

Wir erlauben uns die ergebene Anfrage, was wohl geschehen würde, wenn man die polnischen Schreiber der oben abgedruckten Empfehlungsbüro des Hochverrats verdächtigen und verhaften würde, wie das im analogen Falle mit zwei prominenten polnischen Staatsangehörigen deutschen Stammes in Polisch-Oberschlesien geschah? Wenn zwei dasselbe tun, ist es dann nicht dasselbe?

Die bayerischen Landtagswahlen im Zeichen der Zersplitterung.

Die Landtagswahlen im westdeutschen Bayern, die zugleich mit dem ersten Volksentscheid am gestrigen Sonntag vor sich gingen und deren Ergebnis noch abgewartet werden muss, sind nicht nur für Bayern, sondern darüber hinaus, aus zwei Gründen auch für das ganze Reich von großer Bedeutung. Denn einmal bringen sie, wie immer sie in einzelnen ausfallen mögen, eine Umstellung der politischen Konstellation, die sich auch auf die gesamtdeutsche Politik auswirken muss. Und zum anderen dürfen sie als eine Generalprobe zu den Reichstagswahlen am 4. Mai gelten. Die geänderte Konstellation ist durch den Eintritt des "Völkischen Blocks" in den Wahlkampf bedingt. Damit geht die bayerische Regierungskoalition ihrer Rückendeckung und ihrer einseitigen Parole gegen links verlustig. Im Rücken der deutschnationalen "Mittelpartei" steht jetzt die völkische Gruppe, die das föderalistische Programm der "Bayerischen Volkspartei" auf das schärfste befämpft. Die Anhänger des "Völkischen Blocks" rekrutieren sich aus fast allen Lagern, besonders aus dem deutschnationalen. Die (katholische) "Bayerische Volkspartei" hat aber — nach der Ansicht des "Berl. Tagebl." — nicht nur nach rechts an ihr Tausende von Mitgliedern verloren, sondern auch nach links die Fraktionsgemeinschaft mit der "Deutschen Volkspartei" eingebüßt, von der sich wieder die "Nationalliberale Landespartei" abgespalten hat. Diesen doppelten Ausfall sucht die (deutschnationalen) Mittelpartei unter dem Titel "Vereinigte nationale Rechte" durch Annahme an die vaterländischen Verbände wettzumachen. Die ganze Wahl steht im Zeichen der Zersplitterung. Statt der sechs Fraktionen des bisherigen Landtags treten nicht weniger als achtzehn Gruppen auf den Plan, ungerechnet des "Bayerischen Königsbundes", der auf jede Kandidatur verzichtet.

Neben den "Vereinigten Sozialdemokraten" erscheinen die "Unabhängigen", neben den im "Deutschen Block" zusammengefügten Demokraten die Republikaner, neben der "Bayerischen Volkspartei" die "Christlich Sozialen", neben dem "Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund" der "Bayerische Mittelstandsbund", und dazu gesellen sich Gruppen, die wie die "Beamtenpartei", die "Beamtengruppe Kratofel" und die "Nietzelske", die nur durch bestimmte Berufssinteressen, oder, wie die "Vereinigten heimatfreuen Koburger" und der "Bauern- und Gewerbeverein Unterfranken" nur Lokalsinteressen vertreten. Diese Zersplitterung macht einen erheblichen Prozentsatz der vier Millionen bayerischen Wählerstimmen wertlos und schwert die Arbeitsfähigkeit des neuen Landtags, der mit 122 Abgeordneten die Mitte zwischen den bisherigen Mandatsschlüssen von 158 und der für die Zukunft beschlossenen von 128 hält.

Durch den mit der Landtagswahl zusammengelebten Volksentscheid soll der neue Landtag ermächtigt werden, eine Verfassungsänderung im Sinne der Einführung eines bevollmächtigten Staatspräsidenten und einer zweiten Kammer mit einfacher Stimmenmehrheit zu beschließen. Da jedoch nur Bayerische Volkspartei, Mittelpartei und Nationalliberale für den Posten stimmen, so erscheint es sehr fraglich, daß er die nötige Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden erlangen wird.

In der heutigen Rata findet die Neuwahl erst zusammen mit der Reichstagswahl am 4. Mai statt.

Nachläufe zum Fall d'Armont.

Ein Protest der Schweiz.

Die Spionageagentität des französischen Hauptmanns d'Armont beschäftigt auch die schweizerischen Justizbehörden. Man ist bis jetzt allerdings wohl hauptsächlich mit Rücksicht auf die zwischen Frankreich und der Schweiz schwierigen Fragen noch zu keiner Klarheit gekommen. Die Auffassung eines Leipziger Blattes, daß derartige Spionagebüros, wie sie Hauptmann d'Armont unterhielt, in der Schweiz Extraterritorial genießen, wird von den Basler Nachrichten als unrichtig bezeichnet. Wenn ein französisches Konsulat in der Schweiz sich mit Spionage in fremden Staaten befasse, so bedeute das eine Verletzung des Völkerrechts. Wenn dieses vorliegt, so würde auch der Bundesrat energisch dagegen protestieren. Der französische Offizier habe die Gastfreundschaft in der Schweiz und damit die Staatshoheit auf eine grobe Weise verletzt. Sollte der Hauptmann d'Armont von Deutschland gegen einen von den Franzosen gefangen gehaltenen deutschen Staatsangehörigen ausgetauscht werden und nach der Schweiz zurückkehren, so sei der Bundesrat berechtigt, die Ausweisung d'Armonts zu verlangen. In keinem Falle könne der Bundesrat stillschweigend über notorische Vorwürfe hinweggehen. Die französische Behauptung, daß der Hauptmann von den deutschen Behörden auf schweizerischem Boden verhaftet worden sei, habe sich nach der Prüfung der eigens an Ort und Stelle entstandenen Untersuchungskommission als unzutreffend erwiesen.

Republik Polen.

Zur Liquidierung des Post- und Telegraphenministeriums.

M. Warschau, 6. April. (Drahib.) "Echo Warszawskie" meldet, daß die Liquidierung des Ministeriums für Post und Telegraphie, zum Zwecke der Ersparung von Geldern nicht das gezeigt habe, was man erwartet habe. Hervorragende Fachkreise seien der Ansicht, daß dies zur Desorganisation und zur Zerrüttung führen müsse. Das Warten des Postgeneraldirektors sei ziellos. Die Sparmaßnahmen habe sogar zur Kästnerung wichtiger Postämter geführt, weil diese mit Defizits gearbeitet haben. Das rufe die Entrüstung der Bevölkerung hervor, und zwar sowohl in Kongresspolen, als auch in Posen. Eine solche Sparmaßnahme führe nicht zum Erfolg. Sie wird letzten Endes nur zur vollständigen Zerrüttung des Post- und Telegraphenwesens führen.

Derstellvertretende Chef des rumänischen Generalstabes, General Florescu, traf mit dem rumänischen Militärattaché in Warschau am Donnerstag in Posen ein und bestätigte die dort stehenden Regimenter. Am Tage darauf nahm der rumänische General, wie der "Dz. Pożn." berichtet, an einem Manöver teil. Von Posen begab sich General Florescu nach Thorn. — Die Moskauer Radiostation verbreitet die Nachricht, die Anwesenheit Florescus in Polen werde als eine antirussische Kundgebung in der beharabischen Frage angesehen.

Aushebung der Einreiseperre.

Nach Mitteilung des polnischen Generalkonsulates in Königsberg ist die wegen des Vorfalls in Allenstein bei den polnischen Konsulaten in Ostpreußen verfügte Sperrre der Erteilung von Einreisevisen nach Polen für Reichsdeutsche aufgehoben worden.

Der Westmarkenverein protestiert weiter.

In Sachen der Ausweisungen aus Mecklenburg und der bekannten Schießerei in Allenstein hat am Freitag in Posen wiederum eine vom Westmarkenverein veranstaltete Versammlung stattgefunden, in der, nachdem verschiedene Redner diese Vorgänge in der bekannten einseitigen Weise dargestellt hatten, eine Protestresolution gefaßt wurde. In der

Resolution wurde Bürgschaft von deutscher Seite dafür verlangt, daß solche Zwischenfälle sich nicht wiederholen. Als solche Bürgschaft werde angesehen, daß die deutsche Regierung die propagandistische Agitation der deutschen Presse momentan in Ostpreußen unmöglich mache, denn sonst würde man auf polnischer Seite die Geduld verlieren. — Gegenüber dieser tendenziösen Ausschaltung eines noch gänzlich ungeklärten Vorfalls, wie es die Allensteiner Schießerei ist, kann nur wiederholt auf die schon erwähnte Äußerung des Außenministers Samonyski hingewiesen werden, der bekanntlich erklärt hat, daß er weder der Demonstration vor dem Generalkonsulat in Posen noch der Schießerei in Allenstein irgend eine Bedeutung beilege.

an und wirft der japanischen Regierung die Zulässigung militärischer Demonstrationen vor, die leicht zu einer gefährlichen Situation führen können.

Deutsche Wählerversammlung in Bromberg.

Eine deutsche Wählerversammlung, zu der die Sejmabgeordneten Graeve und Pantrax eingeladen hatten, um über die Tätigkeit der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat Bericht zu erstatten, fand am Sonnabend im Glyptothektheater statt. Abg. Graeve sprach zunächst über die eigenartige Stellung der deutschen Fraktion im Sejm und Senat, die sich mit den anderen Minderheitsvereinigungen vor fünf Viertel Jahren für Zwecke der Wahl zum Block der Minderheiten zusammengeschlossen habe. In Minderheitsfragen stimmen die Abgeordneten des deutschen Klubs immer zusammen mit den anderen Minderheitsklubs, während in wirtschaftlichen Fragen die einzelnen Klubs häufig getrennte Wege gehen. Das Zusammensein mit den anderen Minderheitsgruppen gestaltet die Stellung zu den übrigen Parteien sehr schwierig, doch ist nach dieser Richtung in letzter Zeit eine kleine Besserung festzustellen. Die deutschen Abgeordneten befinden sich der Regierung gegenüber in der Opposition, weil die volle Gleichberechtigung mit andern Staatsbürgern zwar durch die Verfassung garantiert, aber noch nicht durchgeführt ist, trotzdem alles versucht werde, um Regierung und Mehrheitsparteien davon zu überzeugen, daß der eingeschlagene Weg der falsche sei. Dann ging der Herr Abgeordnete Graeve auf die Politik der Regierung ein. Polens Außenpolitik sei völlig eingestellt auf seine Freundschaft mit Frankreich. Wir Deutschen haben nun den dringlichen Wunsch, daß Polen und Deutschland sich die Hände reichen möchten zu einem Handelsvertrag. Ein solcher sei eine zwingende Notwendigkeit. Nicht gerade besonders freundlich sei auch Polens Verhältnis zur Tschechoslowakei und zu Litauen. Die französische Freundschaft habe Polen bis jetzt höchstens Geld für Rüstungszwecke gebracht, dagegen wachse der Einfluß des französischen Kapitals in Polen beständig. Dazu kommt die für den Außenhandel hinderliche Zollpolitik. Die Einwendungen des polnischen Kronjuristen gegen die Entscheidungen des Völkerbundes könnten das Ansehen des Staates im Auslande nicht heben. Daß wir uns in der Frage der Ansiedler und der Domänenpächter an den Völkerbund wenden, war kein Verrat am Staate, vielmehr unsere Pflicht und Schuldigkeit. Das Haager Gericht hat uns auch unzweifelhaft recht gegeben. Die direkten Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland, die schon mehrmals abgebrochen worden waren, sollen demnächst in Wien weitergeführt werden und am 11. April unter dem Vorstoß eines unparteiischen Schiedsrichters ihren Anfang nehmen. Die Politik des Ansiedlers gegenüber wird Polen schließlich noch 135—150 Millionen Goldmark kosten. Sehr abfällig kritisierte Sejmabgeordneter Graeve sodann das Agrarnetz, das Vereinsgesetz und das Pressugesetz. Gegenüber diesen Gesetzen habe man wichtige Obliegenheiten versäumt. Wie furchtbar habe sich z. B. die Versäumnis der Weichselregulierung bei der Hochwasserkatastrophe gerächt! Der Redner schloß mit einem manhaften poetischen Bekennnis zum deutschen Volkstum und dem Gelöbnis, deutsch zu bleiben bis ins Mark.

Der Vortrag des Abgeordneten Pantrax beschäftigte sich besonders mit der Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Einleitend bemerkte er scherhaft, der Vorsitzende habe darauf hingewiesen, daß die Gleichberechtigung der Staatsbürger nicht bestehe; und doch ist sie vorhanden, rief Herr Pantrax aus: „zum Steuerzahlen sind wir alle gleichberechtigt.“ Er besaß sich dann mit dem Haushaltsvorschlag des Staates und operierte dabei vielfach mit „astronomischen“ Zahlen. Ungeheure Summen braucht das Kriegsministerium, während dem Kultusministerium und dem Ministerium für öffentliche Arbeiten nur verschwindend kleine Bruchteile der dem ersten angedachten Beträgen zukommen. Dann gab Abg. Pantrax einen kritischen Überblick über die polnischen Finanzen. Der englische Finanzberichterstatter Hilton Young sei wieder abgereist und habe ein schönes Memorial und eine große Zahl guter Ratshäger hinterlassen. Der erste Rat riech: „Sparen!“ Es sei aber ein schlechtes Sparen, wenn das Kriegsministerium über 150 Oberste zu Generälen befördert und darauf in den Ruhestand versetzt. Man liquidierte auch das Gesundheitsministerium und wird demnächst auch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten liquidisieren — um der Sparsamkeit willen. Doch sind die erzielten Gelder gering, und das Postministerium liquidierte man nur dem Namen nach, indem man es dem Handelsministerium unterstellt. Dagegen sei es viel angebracht, wenn man den Witwen einiger Eisenbahner bis vor kurzem monatlich 12 Mark 80 Pfennig Pension zahlte und den Arbeitervitwen gar nur 6 Mark bis 8,20 Mark. Es besagt nicht viel, wenn die letzteren genannten Bezieher jetzt auf monatlich 922 Mark „erhöht“ werden. Da geht es den polnischen Magnaten besser. Konnte doch einer derselben sich zur Elefantenzage begeben; das war ein Luxus, der 40 000 engl. Pfund kostete, und ein anderer verpißte in einer Nacht 64 000 Dollar. Der Staat braucht Geld — daher der erste Nachtrag zur Steuerzahlung.

Dann belehrte Herr Pantrax die Finanzwirtschaften, ging näher auf die bekannte Seward-Affäre ein und teilte mit, daß ein Antrag der P. P. S. die Auslieferung des Herrn Kucharski wegen Verschleuderung von Staatsgeldern verlangte. Die Angelegenheit wurde einer Kundschafter-Kommission überwiesen. Zum Schlus ging der Redner noch des näheren auf das Gesetz über die neue Wahlordnung in Stadt- und Landgemeinden ein, die das Wahlrecht beschränkte.

Die Hörer folgten den Ausführungen beider Redner mit lebhaftem Interesse, und von mehreren Seiten wurde der Wunsch geäußert, daß solche Veranstaltungen wiederholt werden möchten.

Aufruf!

Die letzten Tage standen unter dem Zeichen des größten Weichselhochwassers

seit Jahrhunderten, das unser Gebiet verheerte. Zahlreiche Dörfer und Einzelgehöfte wurden überschwemmt, und die Bewohner der Weichselniederung, die von der Katastrophe betroffen wurden, haben neben den Schreden der Wassersnot unabsehbaren materiellen Schaden erlitten. Einzelne von ihnen sind über Nacht zu Bettlern geworden.

Außerordentliche Notstände erfordern außerordentliche Maßnahmen!

Mit Erlaubnis des Herrn Wojewoden von Posen, die am 4. d. M. (Akt.-Z. L. dz. 5914/24 II) erteilt wurde, veranstaltet die "Deutsche Rundschau in Polen" eine

Spende für die hartbetroffenen Bewohner der Weichselniederung.

Wir rufen unsere Leser, an denen die Hochwasserwelle glücklich vorüberging, zur tätigen Nächstenliebe auf. Ein jeder gebe nach seinem Vermögen; große und kleine Beiträge, über die wir öffentlich in der "Deutschen Rundschau" quittieren werden, sind uns in gleicher Weise willkommen. Für eine gerechte Verteilung der Gelder, für die wir uns den Behörden gegenüber zur Rechnunglegung verpflichtet haben, werden wir Sorge tragen. Wo die Not am größten ist, wollen wir eingreifen.

Die Leser der "Deutschen Rundschau" rufen wir auf, die Hochwasser-Spende zu einem großzügigen Bezugnis für die in unserer Heimat nicht ausgestorbene nachbarliche Hilfsbereitschaft zu gestalten.

Unsere erste Spendenliste brachte den Ausweis über 2270 (nicht 2170) Millionen Polenmark, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Wir werden morgen über die inzwischen eingegangenen Beiträge quittieren.

Große Veruntreuungen bei der Eisenbahn.

Warschau, 6. April. (Drahib.) Die Verkehrscommission des Sejms hat in den letzten Tagen sehr viel zu tun gehabt. Es sind sehr große Veruntreuungen bei verschiedenen Eisenbahnverwaltungen entdeckt worden, und zwar bei Reparaturen und Neubestellungen von Lokomotiven, Eisenbahnwaggons und Oberbaumaterial. Ferner haben zahlreiche Beamte mit verschiedenen Firmen Hand in Hand gearbeitet. Wir werden hierüber in der morgigen Nummer ausführlicher berichten.

Selbstmordversuch des ukrainischen Attamanns Machno.

Wie die "Gazeta Poranna" aus Thorn meldet, hat der

bekannte ukrainische Attamann Fedor Machno, der sich gegenwärtig in Thorn aufhält, einen Selbstmordversuch unternommen dadurch, daß er sich mit dem Rasiermesser die Achse durchschneidet.

Die Warschauer Presse meldet aus Paris: Der Direktor des politischen Departements im Außenministerium Kozmialski hat sich gestern in seiner Eigenschaft als Delegierter der polnischen Regierung nach Paris zur Session des Dreierkomites und zur Errichtung führen lassen. Das Komitee begegnete, daß vom Völkerbundrat zur Regelung der Entschädigungsansprüche der enteigneten Ansiedler in Polen auf Grund der Völkerbundresolution vom 18. Dezember 1923 eingesetzt wurde.

Aus anderen Ländern.

Ein japanischer Angriff gegen China?

Moskau, 6. April. "Sowjetja" und "Pravda" behandeln in Leitartikeln die Lage im Fernen Osten. Danach soll Japan seine militärischen Kräfte in der Mandchurie und in Korea mobilisieren. Es will mit Waffen gewalt die chinesische Ostbahn unter das japanische Protektorat bringen. Die Sowjetpresse greift Japan dieserhalb scharf

Außergewöhnliche Gelegenheit!

Auf der Durchreise aus Konstantinopel nach dem Auslande

Nur 5 Tage im Bazar Krajowy Nur 5 Tage Bydgoszcz, Gdanska 149.

Große Ausstellung von

Echten Perser - Teppichen in allen Größen.

Nur erstklassige herrliche Exemplare.

Erstaunlich billige Preise.

Bromberg, Dienstag den 8. April 1924.

Pommerellen.

Landbund Weichselgau.

Die ordentliche (fünfte) Mitgliederversammlung des Landbundes Weichselgau fand in Graudenz am 27. März unter dem Vorsitz des Rittergutsbesitzers v. Dettmering statt.

Im Geschäftsbereich wurde mitgeteilt, daß im vergangenen Geschäftsjahr (1923) 7 Vorstandssitzungen, eine ordentliche und zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen und drei Ausschusssitzungen stattgefunden haben. Die Tätigkeit auf der Hauptgeschäftsstelle ist außerordentlich rege, unterstützt durch zum Teil hervorragende Mitarbeit des größten Teils der Kreislandbünde. Velder lassen es einzelne Geschäftsstellen immer wieder an der durchaus erforderlichen Mitarbeit fehlen. Der Berichterstatter gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch im Geschäftsjahr 1924 durch Zusammenwirken aller Kräfte die Organisation Erfreiliches leisten würde. Es wurde dann das Zusammenarbeiten des Landbund Weichselgau mit der Landwirtschaftskammer und den anderen landwirtschaftlichen Organisationen im ehemals preußischen Teilgebiet berührt. Es wurde mitgeteilt, daß die Westpolnische landwirtschaftliche Gesellschaft in Posen den Mitgliedern ihre vom Gartenbaudirektor Reissert geleitete Obstbauberatungsstelle zur Verfügung stelle. Herr Reissert ist bereit, Vorträge über Gartenpflege und Anlage von Gärten usw. zu halten. Ferner steht auch die Meliorationsabteilung der genannten Gesellschaft unter Wiesenbaumeister Plate den Mitgliedern zur Beratung zur Verfügung.

* Krankenkassen-Klinik. Die städtische Krankenkasse gibt bekannt, daß mit dem 7. d. M. die Eröffnung ihrer chirurgisch-gynäkologischen Klinik erfolgt. Diese befindet sich ul. Ogrodowa 17. *

Graudenz (Grudziadz).

7. April.

A. Das Weichselwasser fällt neuerdings bedeutend langsamer als bisher. Es wird befürchtet, daß noch eine weitere Hochwasserwelle kommt. Man ist damit beschäftigt, die zahlreichen Wasserschäden, die an Baulichkeiten entstanden sind, auszubessern. *

o Gebühren für den Schulbesuch. Schon vor einiger Zeit erhielten die höheren staatlichen Schulen volle Schulgeldfreiheit. Es drängten sich infolgedessen manche Kinder zu diesen Schulen, die in früherer Zeit sie nicht hatten besuchen können. Es wurden aber bald von den Schulleitungen Gebühren für die verschiedensten Zwecke erhoben. Es mußte bezahlt werden für Instandsetzung der Turngeräte, für Bezahlung von Heizmaterialien usw. Neuerdings wird auch wieder das Schulgeld eingeführt. Das Mädchengymnasium (früher Lyzeum, Viktoriaschule) erhebt jetzt für das laufende Halbjahr ein solches in Höhe von 54 Millionen. Kinder von Beamten können Vergünstigungen erlangen und zahlungsschwachen Eltern kann Ratenzahlung gewährt werden. *

□ Der Vieh- und Pferdemarkt am Freitag zeigte eine recht starke Geschäftslage. Die Preise waren recht gedrückt. Der Umsatz war daher auch nicht bedeutend. *

□ Frühlingsboten. Schon vor einigen Tagen trafen hier die Störche ein. Auch andere Zugvögel wurden auf dem Fluge nach der nördlichen Heimat beobachtet. *

■ Aus dem Kreise Graudenz, 5. April. Der vom Wasser angerichtete Schaden läßt sich schon mehr übersehen. Es wurde n. a. dem Seebeißer Krahn in Rudnick durch die von der Höhe herabfallenden Wassermassen die Schleuse seines ca. 800 Morgen großen Sees fortgerissen. Mit den Wasseraußen treiben die Fische ins Rudnick'sche Fleisch und dann in die Culmer Niederung. Neben dem Verlust der vielen Fische muß der Geschädigte noch eine neue massive Schleuse bauen, die mehrere Milliarden Mark kosten dürfte. Ein großer Teil des Wassers floß früher zum Hermannsgraben nach Graudenz ab. Erst nach Schüttung eines Balles kam das ganze Wasser in das Rudnick'sche Fleisch und so konnten die großen Wassermassen bedeutende Schäden anrichten.

teilweise Sprengung eines zweiten Damms vorgenommen, um dem Wasser aus dem tiefelegenen Ort Absluß zu verschaffen.

* Über Störungen in der Postbeförderung wird in der letzten Zeit von den Einwohnern des im Thuner Kreise befindlichen Pensau (Podzewo) geklagt. Die dortige Poststation hatte bisher drei Briefträger, die die zum Postbezirk gehörenden Ortschaften regelmäßig und pünktlich besuchten. Nun wurde einer der Briefträger entlassen und die beiden übriggebliebenen können die Mehrarbeit nicht schaffen. Dadurch kommen nicht nur die Briefe, sondern hauptsächlich auch die Tageszeitungen oftmais verspätet in die Hände der Empfänger.

+ Der Hauptvieh- und Pferdemarkt in Thorn am vergangenen Donnerstag (8. 4.) wies einen Auftrieb von 413 Pferden, 21 Gettschweinen, 126 Läuferschweinen, 167 Ferkeln und 20 Ziegen auf. Man zahlte in Millionen Mark folgende Preise: ältere Pferde 200 bis 250, Arbeitspferde 400 bis 700, gute Pferde 800 bis 1000, beste und Rückspringpferde bis 2 Milliarden Mark, einjährige Fohlen 180 bis 150, zweijährige Fohlen 800 bis 700. Gettschweine brachten pro 50 Kilogramm Lebendgewicht 85 bis 95 Millionen, Läuferschweine unter 85 Kilogramm Lebendgewicht 80 und über 85 Kilogramm 40 Millionen Mark. Ferkel fanden paarmäßig mit 20 bis 40 Millionen ihre Abnehmer und Ziegen mit 20 bis 30 Millionen pro Exemplar. Der Umsatz war mittelmäßig.

* Aufhebung der Hundesperre. Nachdem während der letzten Monate kein neuer Fall von Hundestomatit festgestellt wurde, hat der stellvertretende Stadtpräsident die seit dem 22. März 1923 bestehende Hundesperre aufgehoben.

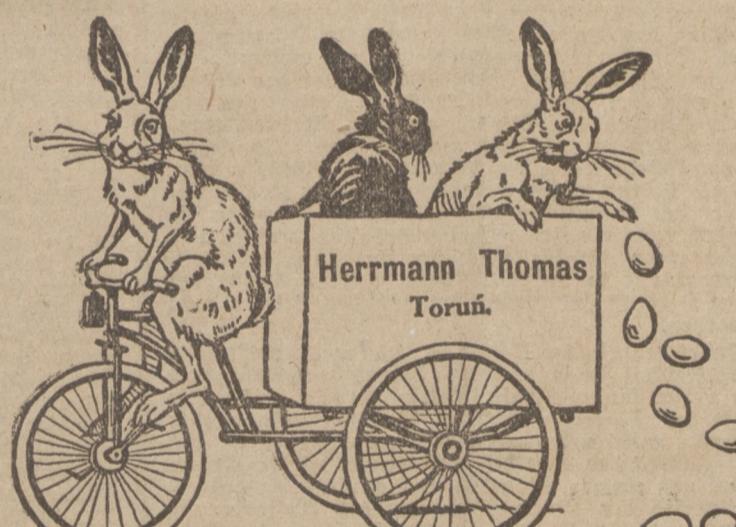
dr. Die Vortragsreihe über "Mythische Strömungen der Gegenwart", die der Coppernicusverein im Rahmen seiner Volkshochschulkurse veranstaltet hatte, fand am vergangenen Montag ihr Ende. In dem ersten Vortrag gab Prof. Kleinert einen Überblick über die Hauptphänomene des Okultismus, insbesondere in ihrer spiritistischen Deutung, um dann im folgenden für diejenigen, bei denen nicht offenbar Betrug oder Täuschung vorliegt, auf Grund neuerer Ansichten über unterbewußte Seelenvorgänge und Suggestionen eine wahrscheinliche Erklärung zu geben. Der dritte Vortrag, den wie die weiteren Pfarrer Hauer hielt, behandelte zunächst den Spiritismus als Weltanschauung und setzte sich insbesondere mit dem weitverbreiteten Buch Arthur Dinters: "Die Sinde wider den Geist" auseinander, das die üblichen spiritistischen Ansichten mit einer verdeckten christlichen Ethik verknüpft. Im folgenden Vortrag ging der Redner auf die Theosophie ein und zeigte auch hier, wie darin die verschiedenartigsten religiösen Vorstellungen des Altertums und des Orients zu einer den Unbefangenen grotesk anmutenden Weltanschauung vermengt sind. Die letzten beiden Vorträge waren Rudolf Steiners Anthroposophie gewidmet, als der am meisten vergeistigten und in Deutschland erfolgreichsten Theosophie dieser Art. Nach Darstellung ihrer äußerer Entwicklung behandelte der Vortragende den mit der Theosophie verwandten Ideengehalt dieser Geheimwissenschaft und die Methoden zur Ausbildung geistiger Organe, die die Erkenntnis höherer Welten vermitteln sollen. Die Vorträge fanden in der Aula des Gymnasiums statt und waren stark besucht.

u. Aus der Culmer Stadtneiderung, 5. April. Nur langsam fällt das Wasser der Weichsel, desto schneller steigt es aber im Innendiech. Stau- und Quellwasser

Thorn (Toruń).

* Von der Weichsel. Ein weiterer Rückgang der Hochwasserwelle ist seit Freitag nicht eingetreten, vielmehr steigt der Pegel am Sonnabend früh noch einen Centimeter Höhe mehr an als Freitag nämlich 5,61 Meter über Normal. Der Hochwassersignalvorlaufturm am Schankhaus I vor der ul. Lazienka (Vaderstraße) ist auch noch hochgezogen. Er wurde früher stets dann heruntergelassen, wenn das Hochwasser bei Thorn den höchsten Stand erreicht hatte und wieder zu fallen begann. — Bei dem jetzigen Wasserstand ist die ganze ul. Nadbrzezna (Uferstraße) von der Eisenbahnhöhe hinunter bis zur Defensionskaserne wieder trocken. Die Schäden, die durch die Überschwemmung hier angerichtet wurden, sind mannigfacher Art und es wird großer Mittel bedürfen, um sie wieder zu befreien. Vermutlich wird Umpflasterung an verschiedenen Stellen erforderlich sein, da Erde und Sand zum großen Teil zwischen den Steinen herausgespielt worden sind. Der Fußweg am Rande der Böschung zwischen der Brücktor und Brieftaubenstation ist gänzlich von der Erde befreit worden und besteht nur noch aus der Unterstützung von Biegel- und Steinbrück. An verschiedenen Stellen, z. B. an der Mauer der Defensionskaserne, sind größere Löcher in der Straße ausgekippt. Die Gleisanlagen der Uferbahn haben ebenfalls stark gelitten. Abgesehen von den verschütteten und verschlammbten Weichen sind die Gleise stark unterspült worden, so daß fast die gesamte Gleisanlage neue Unterstützung bekommen muß. Signallaternen an den Weichenstellhebeln sind durch die Gewalt des Wassers und Eises glatt umgebrochen worden. In der Nähe der Brieftaubenstation ist eine Signaltafel (Steigungstafel) durch einen unterspülten gewesenen und umgestürzten Baum umgerissen worden. Neben den bereits gemachten großen eisernen Laternenmasten sind auch Telegrafenstangen umgekippt und die Leitungen dadurch zerstört worden. — Zwischen den großen Steinen der Uferböschung ist fast die gesamte Erde herausgewaschen. Am Anfang der Böschung hat das Eis verschiedene Steine herausgerissen. Weiter oberhalb, nach der Brücke zu, hat die starke Strömung viel vom unbefestigten Ufer mitgenommen. Es fällt jetzt fast ganz steil nach dem Wasserpiegel ab. Auf der Bazzarkämme, die noch völlig unter Wasser steht, sind verschiedene Bäume vom Eis umgebrochen, verschiedene ausgeknickt worden. — Im benachbarten Giechocinek haben Pioniertruppen die

Thorn.



Die schönsten Oster-Artikel

aus reinem, feinem Bienenhonig und Schokolade

liest

15750

Herrmann Thomas, Toruń.
Honigkuchen : Cakes : Konfituren.

Ein reicher Auswahl-

empfehle billig:

In- u. ausländische

Parfümerien,

letzte Neuheiten,

feinst

Toilettenseifen,

Eau de Cologne,

Haar- u. Mundwässer,

Bürtchen, Kämme,

Schwämme, Hautcreme

Puder,

familiäre

Gummwaren u.

Verbandstoffe.

Drogenhandlung

L. Richter,

Toruń,

Chelmiańska 12.

Einen Bienen-

Schleuderhonig

verkauft W. Hölling.

Lubianka.

Suche v. sofort oder

ab 15. April eine

Stücke

f. Haushalt, welche

samt. Hausrab., gut

Roden, Baden u. Ein-

machen vertreibt.

Off.

unter A. 41090 an

Annons-Expedition

Wallis, Toruń.

15835

eben, erbeten.

15760

Achtung!

Dem gebürtigen Bühlertum von Toruń

und Umgegend zur ges. Kenntnis, daß

ich das

15749

Gasthaus Rožbör (Rosabar)

vorm. Pansegrau

20 Minuten von Station Alzenz

(Schüsselmühle)

übernommen habe.

Für Ausläufer u. Vereine empfehle

ich meinen Saal, Räume u. Garten.

Mein Bestreben wird es sein, meine

werten Gäste gut zu bedienen. Ich bitte,

mein Unternehmen gütig zu unter-

stützen.

Barwich.

Graudenz.

Heute früh 5 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Fritz Joachim Klingenberg

im 84. Lebensjahr.

In tiefer Trauer
im Namen der HinterbliebenenLuise Klingenberg
geb. Rösler.

Grudziadz, den 5. April 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 9. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des evang. Friedhofes im Stadtwald aus statt.

Briefmarkensamm-
lervereinigung
sucht noch
Mitglieder.

Meldungen an
Dr. Hoffmann,
Graudenz 15713
Trzynowa 11.

Eduard Ziehlfe.

Wir werden seiner stets gedenken.

Leitung und Beamten

der Landw. Großhandelsgesellschaft

m. b. h., Danzig 15745

Zweigniederlassung Grudziadz.

richtet großen Schaden an. In Culm. Nohgarten sind auf manchen Grundstücken schon sämtliche Winterlaaten überflutet. Auch Schöneich, Schöseee und Culm. Dorysch haben von dem Quellwasser stark zu leiden. An Bestellungsarbeiten ist noch lange nicht zu denken. Sobald das Schöpfwerk mit der Arbeit beginnen kann, wird der größte Teil des im Dünnebach vorhandenen Wassers ausgeschöpft werden können. Der für das Schöpfwerk nötige Kohlenvorrat ist rechtzeitig beschafft worden.

* Dirschau (Tczew), 5. April. Als „Strandgut“ betrachtet haben viele Einwohner der überschwemmten gewesenen Schloss- und Samsonstraße das dort herum schwimmende Holz der Firma Nossowicz. Es wurde erzählt, daß dort zeitweise eine solche „Strömung“ herrschte, daß sowohl große Karre Schwellen als auch Balken direkt durch die Kellerfenster und Haustüren in die Gebäude „hineinschwammen“. Das kann hier und da noch nähere Untersuchungen zur Folge haben, die für die betreffenden Haushbewohner peinlich ausfallen können.

* Dirschau (Tczew), 5. April. Einen Massenschmuggel mit Danziger Tabakwaren hat die polnische Grenzfinanzkontrolle auf dem hiesigen Güterbahnhof festgestellt. In einem Eisenbahnwagen fanden sich acht mit Tabakerzeugnissen angefüllte Kisten, die, wie der „Dz. Tcz.“ berichtet, als Kolonialwaren deklariert waren. Sie haben das städtische Gewicht von zehn Zentnern. Die Sendung sollte nach Lemberg gehen.

* Konitz (Chojnice), 5. April. Die Zollstraße Konitz-Schlochau ist in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober wie folgt geöffnet: An Werktagen vormittags 7–11, nachmittags von 1–5 Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 7–1 Uhr.

Neuenburg (Rowe), 6. April. Der letzte Sonnabend-Wochenmarkt in Neuenburg zeigte wieder recht reges Leben in kurzem Verlauf. Reichliches Angebot in Butter ließ diese von anfangs 8 auf 2,8 Millionen zurückweichen. Hier gaben in gleicher Veranlassung von 2 auf 1,8 Millionen nach. Kartoffeln waren ebenfalls viel zu haben und fanden für 5 Millionen den Bentner guten Absatz. An Fischen gab es Welsfische für 1 Million, Barsche für 1,2 und Hechte für 1,5 Millionen je Pfund zu kaufen. Gemüse fehlte noch immer ganz. Der Preis für ein Liter Milch ist von 400 000 auf 380 000 Mark zurückgegangen. Auch am Neuenburger Weichselufer zeigte die Überschwemmung einen erfreulichen Rückgang, so daß unser Stadtteil „Fischerei“ allmählich wieder seine alten Grenzen bekommt, wenn auch tiefer liegende Gärten besonders unter Schlammablagerungen stark zu leiden haben. Immerhin ist der große Stein-damm bis zum alten Flussbett, wie die Kämpen noch tief im Wasser. Entgegen verschiedenen anderen Zeitungsmeldungen, daß unser Schöpfwerk seine Arbeit unterbrochen hätte, muß hervorgehoben werden, daß dies nicht auftritt, vielmehr das Werk seit dem 29. März d. J. ununterbrochen eine angestrenzte, erforderliche Tätigkeit entfaltet hat, die auch noch weiterhin ausgeübt wird. Es war bei einem Wasserhöhenstand von 7,84 Meter über dem Nullpunkt ein Gegendruck von 4,88 Meter zu überwinden, was die vorzüglichen Motoren spielend leisteten. Am Personal sind am Tage vier, nachts fünf Kräfte erforderlich, und der Kohleverbrauch in 24 Stunden beträgt 400 Zentner. Das von nicht genau unterrichteter Seite mitgeteilte Eindringen von Quellwasser in die unteren Räume mit den Rohren war durchaus nicht so erheblich, um eine Tätigkeit des Werkes zu unterbrechen.

Das deutsche Privatschulwesen in Polen.

Auf die Interpellation des Abg. Daczko u. Gen. in Sachen der deutschen Privatschulen in Polen ist zu Händen des Sejmamtes ein Bescheid des Ministers für das öffentliche Unterrichtswesen eingegangen, den wir nachstehend in der Übersetzung hier folgen lassen:

Ministerium
für religiöse Bekennnisse und öffentlichen Unterricht.

den 5. März 1924. Nr. 284/24. S. An
den Herrn Sejmamtmann

Betrifft die Interpellation des Abg. Daczko und Gen. in Angelegenheit des deutschen Privatschulwesens im ehemals preußischen Teilgebiet.

In Erledigung des Schreibens vom 18. Dezember 1923 Nr. 1082 I betr. die Interpellation des Abg. Daczko u. Gen. in Angelegenheit des höheren deutschen Privatschulwesens in Posen und Pommerellen gibt das Ministerium folgende Ausführungen:

Das höhere deutsche Privatschulwesen erfreute sich, wie in der Interpellation festgestellt wurde, bis zum Schlus des vorigen Schuljahres einer gewissen Blüte und genügte der deutschen Bevölkerung in Polen. Da weiter hervorgehoben wurde, daß die Schulkuratorien in Thorn und Posen solche Verordnungen erlassen haben, die das deutsche höhere Privatschulwesen einschränken oder vollständig zerstören, könnten angenommen werden, daß tatsächlich von den Schulbehörden spezielle Verordnungen bezügl. des deutschen Schulwesens erlassen worden sind.

Indessen sind in der Interpellation keine derartigen Verböndungen der Schulbehörden angeführt, was schließlich auch nicht erfolgen konnte, denn es bestehen keine speziellen Verordnungen, die in irgend welcher Beziehung gegen das Schulwesen der Minderheit im allgemeinen und das deutsche Schulwesen im besonderen gerichtet waren, was das Ministerium mit aller Entschiedenheit feststellt.

Bezüglich des höheren deutschen Privatschulwesens, um welches es sich in der Interpellation handelt, werden nur die allgemein auf dem Gebiet der Wojewodschaft Posen und Pommerellen verpflichtenden Gesetze und Verordnungen angewandt.

Was die Zuerkennung von staatlichen Unterstützungen giebt an die Privatschulen anbetrifft, so sind diese auf Grund von Anträgen der einzelnen Anstalten nur diesen Privatschulen zugestattet worden, die das Öffentlichkeitsrecht besitzen und außerdem den Bedingungen der Verordnung des Unterrichtsministeriums Nr. 70/D. II. entsprochen haben.

Dem Ministerium sind Fälle nicht bekannt, in denen einer Anstalt die Unterstützung abgesprochen wurde, die den angeführten Bedingungen entsprochen und einen Antrag auf dem vorgeschriebenen Wege eingereicht hat.

Vom November 1923 sind aus dem Staatschance überhaupt keine Unterstützungen an Privatschulen infolge Fehlens des zu diesem Zweck benötigten Kredites im Budget des Unterrichtsministeriums gezahlt worden.

In der Angelegenheit der Beaufsichtigung von Privatschulen macht das Ministerium darauf aufmerksam, daß die Konzession zur Leitung von Privatschulen nicht bei Institutionen, sondern einzelnen Personen, welche die Verantwortung für den Stand der Anstalt übernehmen, dieselbe leiten und damit die nötige Aufsicht ausüben, ertheilt wurde. Augenschein solcher Einrichtung erscheint die weitere Organisation der Beaufsichtigung von Schulen von privater Seite in den Schulbezirken Posen und Pommerellen, besonders wenn sie sich auf die pädagogisch-didaktische Seite beziehen sollte, überflüssig. Dieses schließt aber nicht die Wechte der Wirtschaftskontrolle aus, welche aber mit der Schulkontrolle in unterrichtlicher Beziehung nichts gemein haben kann.

Der Vorwurf, als ob die Schulkuratoren, besonders das Schulkuratorium in Thorn, den Privatschulen nicht die notwendige Fürsorge angedacht hätten, kann nicht als berechtigt angesehen werden. Die Kuratoren streben danach, daß die Privatschulen bezüglich ihres Wertes nicht den öffentlichen Schulen nachstehen. Denn es ist unmöglich, zu erlauben, daß die Jugend in unterrichtlicher Beziehung in Privatschulen schlechter behandelt wird als in öffentlichen Schulen, ganz besonders dort, wo eine nicht gebraucht eingerichtete deutsche Privatschule neben einer gut gestellten öffentlichen Schule mit gleichfalls deutscher Unterrichtssprache besteht, die für die Kinder der deutschen Minderheit bestimmt ist. Dieser Grundsatz steht die Notwendigkeit nach, genau die bestehenden Gesetze, besonders über die Forderung der vorgeschriebenen Qualifikationen der Leiter und Lehrer, zu befolgen. Trotzdem wenden die Schulbehörden unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse, die bestehenden Vorschriften nicht rigoros an, sondern sie beweisen eine weitgehende Nachsichtigkeit, falls sich dies nur mit dem Allgemeinwohl und dem Wohle der Jugend vereinen läßt. Es ist eine allgemein bekannte Sache, daß die auf Grund von Konzessionen bestehenden deutschen Privatschulen in einem sehr hohen Grade nicht den Vorschriften entsprechen, denn weder beherrschen die Leiter, mit sehr kleinen Ausnahmen, die polnische Sprache genügend, noch entspricht die Gesamtheit der Lehrer bezügl. der Qualifikation dem gegebenen Typus der Schule; es ist auch fast noch nirgends der Unterricht in der polnischen Sprache gesichert, und eine bedeutende Zahl von Schulen tut nichts zur Versorgung der Schulen mit entsprechenden Einrichtungs- und Hilfsgegenständen; sehr oft entsprechen auch die Schullokale nicht den Forderungen der Hygiene. Die Anordnungen der Schulbehörden gehen allein in der Richtung, der grundsätzlichen Fehlern und Mängeln in den Fällen vorzubeugen, wo die Privatschulen ganz augenfällig die bestehenden Vorschriften nicht beachten.

In den in der Interpellation angeführten Fällen erwies sich der tatsächliche Sachverhalt anders als angegeben: In Bempelburg ist — übrigens der einzige — Fall eingetreten, daß dem Pastor Wurliker die Konzession entzogen wurde, und zwar aus folgenden Gründen: Bei drei an dieser Schule beschäftigten Lehrern bzw. Lehrerinnen, deutschen Nachbarn, hielt es die politischen Behörden für notwendig, sie aus Polen auszuweisen. Der vorjährige Pastor Natter, der es für gegeben erachtete, Herrn Wurliker ein Zeugnis über seine Voraussetzung auszustellen, war nicht nur in den Prozess gegen den Deutschtumsbund verwickelt, sondern er wurde sogar, wie die Zeitungen mitteilten, durch Gerichtsurteil bestraft. Herr Wurliker selbst hat trotz mehrjährigen Aufenthalts in Polen als Leiter einer Schule nichts getan, um wenigstens in kleinem Maße die Kenntnis der polnischen Sprache zu erwerben; die gegen ihn erhoben Vorwürfe bezüglich gewisser Fälle hat er in einem Schreiben selbst bestätigt.

Die Schule in Mewe sollte nach dem dem Kuratorium vorgelegten Plan 8 Vorbereitungsklassen und 6 folgende Präzisions-Gymnasialklassen besitzen. Mit dem Augenblick der Eröffnung der Schule sollten neben den Vorbereitungsklassen noch vier oder fünf Gymnasialklassen tätig sein. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Anstalt einen speziellisierten Lehrer und entsprechend qualifizierte Lehrkräfte benötigt. Dagegen besaß nicht eine von den vier Lehrerinnen die Qualifikation zur Unterrichtserteilung an einer Mittelschule. Leiter der Schule sollte Herr Pastor Alav sein, der, obwohl er zum Unterricht gar nicht vorbereitet ist, neben seiner Tätigkeit als Schulleiter noch außerdem Unterricht in der vollen Stundenzahl erteilen und überdies noch seine Pflichten als Seelsorger in der evangelischen Gemeinde, als seine Hauptbeschäftigung, erfüllen mußte. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß unter solchen Bedingungen die Schule ihrer Aufgabe nicht hätte gerecht werden können, und die Jugend in ihr wäre nur Schäden und Zeitverlusten ausgesetzt gewesen.

Aus denselben Gründen muhte Herr Pastor Wendland in Tuchel die Konzession zur Eröffnung und Leitung der Schule, die ähnlich wie in Mewe organisiert werden sollte, versagt werden. Der in der Interpellation bei dieser Gelegenheit erwähnte Lehrer Urban hat nicht nur den Bedingungen bezügl. der Unterrichtsqualifikation nicht entsprochen, sondern er hat auch noch andere Mängel gehabt, die sowohl den polnischen wie auch deutschen örtlichen Faktoren genau bekannt sind.

In Schwedt ist die deutsche Privatschule schon vom 1. April 1923 ohne Schulleiter, denn dieser hat nach Aufgabe dieser Stellung den Posten eines Lehrers in Konitz angenommen. Das Kuratorium hat die Leitung vertretungsweise bis zum Schlus des Jahres 1923 einem der Lehrer übertragen und dem Deutschen Schulverein mitgeteilt, daß das weitere Bestehen der Schule von der Stellung entsprechenden Lehrers abhängig gemacht wird. Es wurde ein Antrag auf Bestätigung des Lehrers Karl Niedel gestellt, der außerhalb Polens wohnt, preußischer Bürger und außerdem Lehrer im preußischen öffentlichen Schulwesen ist. Dieses Gesuch konnte deswegen nicht befürwortet werden, und als niemand mehr mit der Bitte um Erteilung der Konzession hervortrat, konnte die Schule Anfang September 1923 infolge Fehlens der Konzession und des Leiters nicht eröffnet werden.

Die Angelegenheit der Schule in Culm ist vollständig mit der Wirklichkeit im Widerspruch stehend dargestellt worden. Der Leiter dieser Schule, Pastor Frese, teilte dem Kuratorium mit Schreiben vom 18. Mai 1923 mit, daß er infolge eines anhaltenden Leidens gezwungen sei, mit Schlus des Jahres das Amt des Schulleiters niedergelegen. Im Verlauf von einigen Monaten nach Einsendung des erwähnten Briefes des Herrn Frese ist trotz Aufforderung des Kuratoriums kein Gesuch um die Erteilung der Konzession zur weiteren Führung der Schule eingegangen. Erst als das Kuratorium, das um den Unterricht der Kinder im schulpflichtigen Alter, die die frühere Privatschule besuchten, Sorge trug, die örtliche öffentliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache erweiterte, die Zahl der Lehrer vergrößerte, und die Kinder an dem regelmäßigen Unterricht in der Schule teilnehmen begonnen hatten, ging das Gesuch des Krl. Ruth Wesse auf Konzessionserteilung zur Eröffnung einer Privatschule in Culm ein. Der Antrag konnte in dieser Zeit nicht mehr berücksichtigt werden. Denn sowohl die Gemeinde als auch der Staat hatten schon genüge Kosten und Verpflichtungen infolge der entsprechenden Organisation der Volksschule übernommen, sie hätten durch die Entfernung einer gewissen Schülerzahl nicht unbedeutende Verluste erlebt nur deshalb, um die Eröffnung der Privatschule von Krl. Wesse zu ermöglichen. Im konkreten Falle lag zur Eröffnung der Privatschule gar kein Bedürfnis vor; das Interesse der Eltern und Schüler forderte eher die Erhaltung einer gut organisierten Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache, welche den Bedürfnissen der deutschen Minderheit im vollen Maße entspricht.

Dem evangelischen Pastor in Löbau wurde, wie in der Interpellation behauptet wird, die Genehmigung zur Leitung der deutschen Privatschule in der Mitte des Schuljahrs nicht entzogen, denn der erwähnte Pastor hat solche Genehmigung überhaupt nicht besessen und eben aus diesem Grunde ist die Schule, da sie ohne Genehmigung der Schulbehörden geführt wurde, geschlossen worden.

Was die Schulen in Briesen und Strasburg betrifft, so wird festgestellt, daß auf die Aufforderung des Kuratoriums, die Angelegenheit der Konzession und der Leitung dieser Schulen den Vorschriften gemäß zu regulieren, überhaupt kein Antrag eingegangen ist. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß der frühere Leiter der Privatschule in Strasburg am 24. Februar 1923 folgendes mitgeteilt hat: „Die Weiterführung der Schule nach dem 1. April

1923 ist zweifelhaft, da die Schülerzahl sehr gering ist...“ und am 8. April 1923: „Die Privatschule ist nur bis 1. Juli d. Lebensfähig. Nach den Osterferien wird die Zahl der Kinder nur noch 29 betragen...“ Es zeigt sich daher, daß es ungerecht ist, die Schließung der Schulen auf die Anordnungen der Schulbehörden zurückzuführen.

Dem Leiter der deutschen Privatschule in Königsberg, Herrn Lange, hat die politische Behörde das polnische Staatsbürgersrecht abgesprochen; aus diesem Grunde teilt er ihm das Schulkuratorium mit, daß er die Stellung eines Schulleiters nicht weiter bekleiden könne. Als jedoch Herr Lange gegen die Entscheidung über sein Staatsbürgersrecht eine Beschwerde an das höchste Verwaltungstribunal richtete, holte ihn das Kuratorium auf dem Posten eines Leiters bis zur Entscheidung durch das Tribunal. Daher stimmt die Behauptung in der Interpellation, als ob das Kuratorium vom konzessionierten Schulleiter die Genehmigung zur Schulleitung entzogen hätte, mit dem wirklichen Tatbestand nicht überein.

Was die Auflösung der 7. und 8. Klasse dieser Schule betrifft, so hatte das Kuratorium eine vollständig begründete Unterlage zu dieser Anordnung, da der Bestand der Lehrkräfte an dieser Schule, unter denen keine die Qualifikation für eine Mittelschule hatte, keinesfalls zu der Annahme berechtigte, diese Klassen auf der entsprechenden Unterrichtsstufe erhalten zu können. Es lag daher die gerechtfertigte Befürchtung vor, daß die Schüler enttäuscht und das Vertrauen der Eltern missbraucht werden würde.

Die Schule in Wieles wurde mit Schreiben des Kuratoriums vom 2. Juni 1923 Nr. G. 2051/23 geschlossen, die interessierten Herren Dr. Wien und Voiges erhielten zur Antwort, daß ihnen das Recht der Beschwerde an das Ministerium zustehe. Eine derartige Beschwerde ist aber auf dem Kompetenzwege an das Ministerium nicht gerichtet worden.

Die Angelegenheit der Aufnahme der Schüler aus Podz in das Privatgymnasium in Lissa ist mit Schreiben des Ministeriums vom 28. November 1923 Nr. 10178/D. II für die Interessenten günstig entschieden worden.

Die Zuerkennung des Staatsbürgersrechts an Ausländer ist für den Staat eine Angelegenheit von sehr großer Bedeutung, welche nur individuell geprüft und entschieden werden kann. Lehrer, die das polnische Staatsbürgersrecht nicht besitzen, können nicht vor anderen Ausländern begünstigt werden. Das Ministerium für religiöse Bekennnisse und öffentlichen Unterricht kann keinen Einfluß ausüben auf den Verlauf und das Ergebnis der Untersuchungen, es kann nur ausnahmsweise im Innenministerium intervenieren zwecks Beschleunigung der Erledigung der schon früher eingerichteten Anträge von Personen, die mit dem Schulwesen in Beziehung stehen, und solche Intervention ist schon erfolgt.

Die Kenntnis der Amtssprache gehört zur Qualifikation eines Lehrers, und diese Bedingung, die von allen Lehrern gefordert wird, kann nicht außer Acht gelassen werden, allein im Verhältnis zu den Lehrern und Lehrern der deutschen Schulen. In der Interpellation sind die Bestimmungen der Verfassung nicht angeführt worden, welche dem Polnischen Staat verbieten, die Qualifikationen vorzuschreiben, welche die Lehrer und Lehrer von öffentlichen und Privatschulen besitzen müssen.

Was die Beschäftigung der evang. Pastoren als Lehrer, Schulleiter bzw. Direktoren anbetrifft, so sind grundsätzliche Hindernisse dagegen nicht vorhanden, falls dieselben den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. Bezuglich der katholischen Pfarrer werden die diesbezüglichen Grundsätze angewandt. Die Behauptung, daß katholische Pfarrer, die keine Abiturientenprüfung abgelegt, kein Universitätsstudium genossen und kein Lehrbefähigungs-examen nachweisen können, als Direktoren von Mittelschulen, sogar als Visitatoren tätig sind, ist mit totem konkretem Tatsache begründet worden. Das als Beispiel angeführte Bempelburg und Tuchel ergibt direkt das Gegenteil. Denn die zeitweise zur Leitung der Schulen in diesen Ortschaften delegierten katholischen Pfarrer haben die Reifeprüfung an einem Gymnasium abgelegt, ihre Studien beendet und entsprechen auch sonst allen Bedingungen zur Erlangung der Berufsqualifikation im Sinne des Gesetzes vom 26. September 1922, endlich widmen sie sich ausschließlich der Schule, da sie ihre seelsorgerische Tätigkeit nicht mehr ausüben. Dagegen besitzen die evangelischen Pastoren, von welchen in der Interpellation die Rede ist, weder die Unterrichtsqualifikation noch die Bedingungen zur Errreichung dieser beruflichen Lehrqualifikation, noch widmen sie sich ausschließlich der Schule.

Mit Rücksicht auf die in der Interpellation getane Erwähnung über die eventuelle Anwendung der Bestimmungen der polnisch-deutschen Konvention in Oberschlesien vom 15. Mai 1922 macht das Ministerium darauf aufmerksam, daß diese Konvention auf Grund der Reciprocity ausschließlich die exzessionelle Lage des Plebiscitgebiets regelt und keine Unterlage für das Vorgehen der Schulbehörden auf anderen Gebieten bilden kann. Es muß aber erwähnt werden, daß auch diese Konvention die Rechte der polnischen Sprache als der Amtssprache nicht beschränkt; und den polnischen Behörden ist es erlaubt, von den Schulleitern und Lehrern die Kenntnis der Amtssprache in dem Grade zu fordern, damit sie sich in ihr schriftlich und mündlich verständigen können. Es beweist dies ausdrücklich das Gesetz vom 16. Januar 1923 betr. die Amtssprache auf dem Gebiet der Wojewodschaft Schlesien (Dz. U. S. Nr. 5) und die Verordnung des Wojewoden vom 30. Juni 1923 L. VIII. 7549 (Dz. U. Wydziału Dw. Publ. Nr. 1).

Indem das Ministerium obige Ausführungen gibt, stellt es fest, daß die in der Interpellation erhobenen Vorwürfe nach einer eingehenden Untersuchung sich als unbegründet erwiesen haben; die einzeln dagegen aufgestellten Forderungen betrifft:

die Erteilung der Konzession an deutsche Privatschulen in Posen und Pommerellen ohne Anwendung der bestehenden Vorschriften, die Verleihung des polnischen Staatsbürgersrechts an diejenigen Lehrer, die schon länger als 10 Jahre hier im Lande im öffentlichen und Privatkundienst stehen, ohne individuelle Prüfung und Entscheidung ihrer Gesuche,

die Erteilung der Leitungsbefugnis an evangelische Pastoren ohne Rücksicht darauf, ob sie den bestehenden Vorschriften entsprechen,

die Zurückziehung der Forderung, daß die Lehrer der deutschen Privatschulen die Amtssprache in Wort und Schrift beherrschen, können in Anbetracht der bestehenden Gesetze und Vorschriften, die für alle Schulen ohne Rücksicht auf die Unterrichtssprache Geltung haben, nicht berücksichtigt werden.

Der Minister.

(—) Dr. Boleslaw Miklaszewski.

Einen Auszug dieser ausführlichen Antwort des Herrn Unterrichtsministers auf die betreffende Interpellation der deutschen Sejmfraktion, der am 18. v. M. durch die PAL verbreitet wurde, haben wir bereits in Nr. 63 der „Deutschen Rundschau“ zum Abdruck gebracht. Wir haben uns damals auch einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Ministers erlaubt und behalten uns vor, diese vorläufige Stellungnahme noch zu ergänzen. Wir legen dabei jedoch keinen Wert auf die Feststellung, daß die Antwort des Herrn

Unterrichtsministers den eigentlichen Grund für die Beschwerde der deutschen Sejmabgeordneten unserer Meinung nach nicht erfasst.

Die Grundlage des deutschen privaten Schulwesens bildet der § 8 des Minderheitenschutzvertrages. Dieser Paragraph schafft für die höheren Schulen des ehemals preußischen Gebiets eine völlig neue Rechtslage; er sieht Schulen vor, die von den völkischen Minderheiten gegründet, unterhalten, geleitet und beaufsichtigt werden. Das ehemals preußische Schulwesen in dem abgetrennten Gebiet kannte nur Staatschulen; es ließ private Schulen nur als außerordentlich eingegangene Ausnahmen seines staatlichen Schulnebels zu. Es muss betont werden, dass ein grundsätzliches Unterschied zwischen dem preußischen Schulrecht besteht und dem neuen Recht, das der Minderheitenschutzvertrag für die Minderheiten geschaffen hat; und dieses neue Recht sieht für die höheren Schulen freies Schulwesen vor, das nicht das eng gebundene System der preußischen Staatschule zur Grundlage macht, sondern dem Vorbild der frei gestalteten englischen Schulen nachahmt ist. Polen hat aber bisher noch nicht eine einzige Verfügung erlassen, die dieser neuen Schulverfassung Rechnung trägt. Wohl aber haben die Schulbehörden in Posen und Thorn mit großer Schärfe die preußischen Verordnungen einer oft längst vergangenen Zeit auf die neuen Schulen angewandt, die — wir wiederholen es — unmöglich auf das passen, was der Minderheitenschutzvertrag Neues geschaffen hat. Und diese unmöglichliche Anwendung jener veralteten Verordnungen muss auf die Dauer allerdings „das deutsche Privatschulwesen beschränken und erdrücken“. Nicht dass die polnischen Schulbehörden Verfügungen gegen die deutschen Schulen erlassen haben, ist der Grund zur Beschwerde der deutschen Abgeordneten, sondern die Tatsache, dass der polnische Staat in den vier Jahren seines Bestehens seine Minderheitenschulpolitik in unserem Teilgebiet noch nicht auf die neue Regelung des § 8 des Minderheitenschutzvertrages eingestellt hat.

Best das Blatt der Deutschen in Polen:
die „Deutsche Rundschau“.

Aufruf!

Durch das plötzlich eingetretene Weichselhochwasser, welches in diesem Jahre eine seit Menschengedenken nicht dagewesene Höhe erreicht hat, sind viele Berufsgenossen um ihre ganze Habe gebracht und ist schnellste Hilfe dringend notwendig.

Wir richten daher an alle Berufsgenossen und edelbentenden Menschenfreunde die dringende Bitte, durch Geldspenden zur Linderung der ersten Not beizutragen.

Die unterzeichnete Tischlerinnung nimmt Spenden entgegen.

Wer schnell gibt, gibt doppelt!

15768

Swiecie, den 31. März 1924.

Der Vorstand

R. Witthaus. Schmidt.

Die Tischlerinnung

ges. Mdl. Werner. Obermeister.

In Ostromęcko
befindet der Vollbluthengst Bonitur - Besitzer
v. J. J. aus der Feste von Witebsk.
Deckzate 5 Jtr. Hafer oder den
Gegenwert.

Meldung Rentamt oder Stallmeister
Wohland, Ostromęcko. 15762

Gutsverwaltung Glauchau
gibt Dr. Bensings allerfrühesten

Sommer-Saatmäzen
in größeren und kleineren Posten ab, desgl.

Findlings-Saathäfer
auf Umtausch gegen Futterhäfer.

Gaft- und
Speise-Kartoffeln

kaufen zur sofortigen und späteren Lieferung

A. Kowalski,
Stole, Chelmista 1.

Grudziądz, Toruńska 4.
Getreide- und Kartoffel-Großhandlung.

Tel. 368 u. 369. 15750 Tel. 368 u. 369.

Teleg. Adr.: Gracol, Grudziądz.

Runkelrüben-

Samen :: Rote ::
Edendorfer

hat abzugeben per Jtr. 10 Dollar in poln.
Währung. Größere Posten entsprach. billiger.

Urzemietowo, vom. Bydgoszcz. Hartmann.

Foto grafien
15545
Paßbilder

Vergrößerungen, Bilder und Postkarten
liefern billigst und schnellstens in künstl. Ausführung

Atelier Viktoria Inh. A. Rüdiger

nur Gdańsk 19

Bankverein Zempelburg
e. G. m. u. H.
Sepolno mit Nebenstelle Kamień
Gegründet 1888. Fernruf 8.

Günstige Verzinsung von wertbeständigen
Zloty-Spareinlagen

und Einlagen in
polnischer Mark.
Gewährung von Krediten.

Zahlungsverkehr nach dem In- und Ausland.

Bestimmungen für die Durchreise durch Deutschland.

In Kreisen der Personen, die auf der Fahrt nach einem dritten Lande deutsches Reichsgebiet berühren müssen, besteht noch vielfach die Ansicht, ihnen würden gelegenheit der Durchreise und besonders der Rückreise durch Deutschland wegen der deutschen Bestimmungen über die Waren-Ein- und Ausfuhr dort nicht nur die neuern Kleidungsstücke fortgenommen, sondern die deutschen Behörden würden sie auch anwenden, das mitgeführte Geld fremder Währung in deutsche Papiermark einzutauschen. Diese Beschränkung ist jedoch völlig unbegründet.

Was zunächst den Geldverkehr anbetrifft, so ist allerdings zur Verhütung der Kapitalflucht nach dem persönlichen Mitnahme von Zahlungsmitteln aus Deutschland nach dem Auslande nur bis zu einer gewissen Höchstgrenze — nämlich in Beträgen im Werte von höchstens 500 Goldmark oder dem entsprechenden Wert in ausländischer Währung — gestattet. Für den Durchreiseverkehr gelten jedoch Erleichterungen. Sie bestehen darin, dass der Reisende Zahlungsmittel, die er nachweislich schon bei der Einreise mitführte, ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages wieder nach dem Auslande mitnehmen darf. Um sich diesen Vorteil zu sichern, hat der Reisende bei der vollständigen Abfertigung, die das Grenzeingangszollamt vornimmt, die mitgeführten Zahlungsmittel vorzuweisen und eine Bescheinigung darüber zu erbitten. Diese gilt für die Dauer von vier Wochen und ist bei der Wiederausreise dem Grenzausgangszollamt ohne besondere Aufforderung abzugeben.

Bei der Mitnahme von Metallgeld bedarf es wegen des noch bestehenden (Waren-) Ausfuhrverbots für gemünztes Geld einer solchen Grenzeingangsbescheinigung in jedem Falle, b. h. auch dann, wenn die gesamte Vorsicht des Reisenden die Wertgrenze von 500 Goldmark nicht übersteigt.

Die Zahl der deutschen Waren-Ein- und Ausfuhrverbote ist in letzter Zeit wesentlich verringert worden. Aber selbst insoweit, als solche Verbote noch bestehen, dürfen Gebrauchsgegenstände — und zwar auch neue, also auch neue Kleidungsstücke — die dem Reisenden zum persönlichen Gebrauch während der Reise dienen, ohne besondere Bewilligung ein- und ausgeführt werden und sind ferner vom Zoll befreit. Im übrigen entfällt die Befreiung zur Zollabfahrt und zur Beschaffung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen bei Reisezug, das unter Zollkontrolle unmittelbar durch das deutsche Zollgebiet durchgeführt wird. Es empfiehlt sich deshalb, dass der Reisende ihr Reisegepäck, soweit es nicht Reisebedarf entfällt, der Eisenbahn am Abreiseort oder an der deutschen Grenzstation mit der Bestimmung als Durchreisegepäck übergeben. Das weitere regelt alsdann die Eisenbahn in Verbindung mit dem deutschen Grenzeingangs- und Grenzausgangszollamt.

Großer Räumungs - Verkauf in Herrenstoffen!

Bis Ostern gebe ich einen Posten
feinere Rammgarne zu Anzügen
Krepp-Tüche zu Damen-Mäntel

Reinwollene Meltons
zu Paletots, Anzügen und Mänteln
Reitcord, Hosenstreifen, Manchester
zu ungewöhnlich billigen Preisen ab.

Futterstoffe in großer Auswahl.

Luchspezialgeschäft Otto Schreiter
ulica Gdańsk 164 :: neben Kino Kristal
Verkauf nur 1 Etage. Zwangloser Besuch erbeten.

XX Hüttenfols XX und Steinfolien

aus besten oberösterreichischen Gruben in allen
Sortierungen für Industrie und Hausbrand
liefern waggonweise und in kleineren Mengen
bei billigster Preisberechnung und nehmen
Vorbestellungen entgegen

Schlaaf & Dąbrowski

Sp. 1 p. p.
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8a.

Ber ruft Strümpfe
und bessert Wäsche aus.
Meldung bei Wille,
Gdańsk 159. 15733

Bitte Offerten einfordern.

Anerkannt

v. d. W. I. R. Poznań
Original Gerstenbergs
grüne Folger-Erbse

Original Ackermanns Danubia-Gerste
verkauft
Gerstenberg'sches Rittergut
Chrząstowo p. Nakło.

Tel. Nakło 36.

Achtung! Achtung!

Spinnerei und Weberei.

Es wird bei uns Wolle u. Flachs
zum Spinnen angenommen, gleichzeitig in
heißer und ausländischer Wolle eingetauscht.

Flachs wird gegen Leinwand oder Garn
getauscht, geklöppeltes Garn wird zum Weben
oder zum Eintauchen gegen Leinwand an-

genommen. Auch werden Wollstoffe gegen
Wolle eingetauscht, sowie jämische Sachen
zum Stricken angenommen.

Straßenbahnverbindung bis Bernardynia.

A. Hanke, Bydgoszcz

Sw. Floriana (Alexandervstr.) 16, Hofkloster.



Jeder Briefträger
wird bestätigen, wie angenehm das Tragen
von Gummiabsätzen und -Sohlen

„BERSON“ ist, da sie bedeutend weniger
ermüden und um ein Erhebliches das
Schuhwerk schonen.

Berson - Kauzuk Centrale: Kraków,
Straszewskiego 2.

4 bis 5 Milliarden gesucht

entweder gegen Sicherheit u. gute Zinsen od.

gegen Beteiligung für gutes, kurzes Geschäft.

Offeren unter E. 15739 an die Geschäftsstelle

dieser Zeitung.

Aleine Rundschau.

* Das Ende des Lizentiaten? Die theologischen Fakultäten von Bremen und Heidelberg haben jetzt den Beschluss gefasst, die Lizentiatenwürde nicht mehr zu verleihen und nur noch zu Doktoren der Theologie zu promovieren. Das ist das Ergebnis langer Verhandlungen zwischen allen theologischen Fakultäten. Trotz der Abwendung, die auf manchen Seiten gegen die Verleihung des Lizentiatentitels bestand, haben sich die anderen Fakultäten, insbesondere die preußischen, entschlossen, ihn beizubehalten.

* Neunjährige Eheschrenen. Ein Beweis dafür, dass die Türkei genügt ist, immer mehr den abendländischen Völkern nachzustreben, zeigt auch ein Beschluss der Volksvertretungskommission von Angora, die zur Revision der Religionsgesetze eingesetzt, fürzlich ein neues Ehegesetz aufgestellt hat. Danach ist das Heiratsalter für die Männer auf 18, das der Mädchen auf 17 Jahre festgesetzt worden. Doch da die Türkei immer noch als zum Orient gehörig, und z. B. in Indien, da die Mädchen viel früher reif sind als im Abendlande, sieben- und neunjährige Eheschrenen keine Seltenheit sind, so musste auch auf die früherezeitige Türkin Rücksicht genommen und deshalb Ausnahmestellungen im Gesetz aufgenommen werden. So ist denn darin ein Passus enthalten, das mit Bestimmung der Eltern Jünglinge vom 18. Mädchen vom 11. Jahre an Heiratserlaubnis erhalten können, ja, das sogar auf Antrag der Eltern gestattet ist, dass sich ein zwölfjähriger Jüngling und ein neunjähriges Mädchen heiraten.

* Ein Nachhalt gegen Professor Sombart. Am Dienstag vormittag wurde auf dem Berliner Untergrundbahnhof Fahrherrnplatz der berühmte Nationalökonom, Universitätsprofessor Sombart, der im Begriff war, nach Berlin zur Universität zu fahren, von einem Studenten auf die Schiene gestoßen. Der Zugführer brachte noch rechtzeitig den Zug zum Halten, so dass Professor Sombart noch gerettet werden konnte. Er erlitt einen Nervenschlag und wurde nach seiner Wohnung gebracht. Der Student wurde festgenommen und gab an, die Tat aus Rache gegen Professor Sombart begangen zu haben.

Kamelhaar-Treibriemen

liefert Fabrikklager

15038

Kurtownia Powroźnicza

Poznań, Wielkie Garbary 34 Tel. 1812.

Zur Gründung.

Einen Posten
von 150 Str.

Rüben- samen

(Note Edendorfer
Riesen-Walzen)

gibt ab. Angebote u.
D. 15704 sind z. richt.
an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Feines, doppeltiges
Dachrohr

hat abzugeben, auch in
Waggondämmen 15595

Ediger,
Radzyń, Pomorze.

Geldmarkt

5 000 000 000

Fünf Milliard. M.

werden von einem
eingeführten Fabrik-
unternehmen, zwecks
schnell. Auslieferung
der eingehenden Auf-
träge, sofort zu hohen
Zinsen u. guter Sicher-
heit, bei Zlotywährung
auf 3 Monate zu leihen
gelüft. Angebote unter
G. 15764 an die Ge-
schäftsstelle d. St.

Der Vorstand.

Deutsch-Ev. Frauenbund.

Vortrag und Konzert

des Posener Greulich-Trios

am Mittwoch, den 9. April, um 5 Uhr, im
großen Saale des Evangelisch-Gemeinde-
hauses. Mitglieder und Gäste sind freun-
lich eingeladen.

6923

Kino Kristal.

Heute, Montag

Unwiderruflich zum letzten Mal:

das mit großem Erfolg aufgeführte

Filmkunstwerk:

Die blutige Arena.

Sens. Drama aus dem Leben in 8 spann. Akten.

In der Hauptrolle:

Rudolfo Valentino.

15772

Statt besonderer Anzeige.

Nach Gottes unersorschlichem Ratschluß entzog uns der unerbittliche Tod heute früh 3 Uhr im Städtischen Krankenhaus zu Danzig, woselbst er Heilung suchte von seinem zu spät erkannten Leiden, meinen inniggeliebten, fürsorgenden, teuren Mann, mein treusorgendes, unvergessliches, gutes Vatzen, den

Gutsbesitzer

Alwin Hinzler

im 59. Lebensjahr.

In tiefstem Schmerz
Frau Elise Hinzler geb. Karow
und Tochter Christine.

Neudorf bei Graudenz, 3. April 1924.
zurzeit Danzig.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. April, 3 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des evangelischen Friedhofes im Stadtwald zu Graudenz statt.

Am Freitag, den 4. April, 2 Uhr nachmittags entschlief sanft unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Großvater und Schwiegervater, der ehemalige

Gastwirt

Friedrich Bernide

im Alter von 71 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bogdoscz-Szretern, den 4. April 1924.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. 4., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des alten evangel. Friedhofes aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Huldigungsfeierlichen Entschlafenen, insonderheit Herrn Wartke Wodage für die trostreichen Worte am Sarge, sagen wir unseren

innigsten Dank.

Groß Wöllwitz, den 5. 4. 1924.

Geschwister Lohstaedt.

Bekanntmachung.

Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß vom Dienstag, den 8. d. M., 8 Uhr vormittags ab wieder

Gas

abgegeben wird.
Die Gasflaschen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie noch am Montag vor Abgabe des Gases sämtliche Hähne daraufhin prüfen sollen, ob sie gehörig geschlossen sind, da die Gefahr besteht, daß das Gas austreibt.

Magistrat — Dyrekcja Gazowni.

Drucksachen

aller Art liefert in geschmackvoller Ausführung
A. Dittmann, G. m. b. H. Bromberg,
Wilhelmstraße 16.

Heirat

Stellengesuchte

Erlänger

Guts- Inspektor

30 Jahre alt, verheirathet, poln. Staatsangehörigkeit, beiderdeutsche Sprachen mächtig, auch s. 1. 7. 24 Dauerstellung. Näherte Auskunft ert. Detonomirat Richter in Bagno p. Jamielni, Pomorze.

Obermüller

32 Jahr, Landwirtstochter, wünscht mit Herrn v. 35 bis 40 J. in Briefwechsel zu treten zw. späterer Heirat. Vermögen 800 Mill. u. gute Aussteuer. Offeren unter d. 15726 an die Geschäft. d. Zeitung.

Ath. Lehrerwitwe

mit Vermögen, wünscht die Bekanntschaft eines bes. Beamten, Lehrer und Witwer bevorzugt, zw. Heirat. Offeren unter S. 6835 an die Geschäft. d. Bl.

Eine Witwe mit einem Geschäft sucht m. einem äl. Herrn Bekanntschaft, a. mach. zw. spät. Heirat. Off. u. Bl. 6807 a. d. G. d. 3.

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

15769

Schulfragen.

Intervallation

des Abg. Graebe und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister wegen absichtlicher deutschfeindlicher Maßnahmen bei Neu- und Umbildungen von Schulgemeinden durch die Posenschen und Pommerschen Schulbehörden.

Wenn in einer deutschen Schule des preußischen Teilstaates nicht 40 Kinder vorhanden sind, so stellt die Behörde den Unterrichtsbetrieb ein und löst die Schulgemeinde auf. Die Kinder werden meistens in polnische Schulen gestellt. Es wäre der Schulbehörde vielfach ein Leichtes, die deutschen Hausväter aus einigen Nachbargemeinden zusammenzulegen, um die deutsche Schule nach den Voraussetzungen der Verfügung des Posener Teilstaats vom 10. 8. 1920 lebensfähig zu machen und zu erhalten. Zwei Beispiele mögen das erläutern:

1. Aus Simkau (Simejow), Kreis Schwedt, ist vor einem halben Jahre der deutsche Lehrer fortgenommen worden. Die in Simkau vorhandenen 32 evangelisch-deutschen Kinder werden nun mit den polnisch-katholischen Kindern zusammen von einem polnischen Lehrer in polnischer Unterrichtssprache unterrichtet. Der evangelische Religionsunterricht fehlt ganz. In dem nur 1½ Kilometer entfernten Dorfe Bromberg (Bramka) sind 5 evangelisch-deutsche Kinder und im ebenfalls 1½ Kilometer entfernten Lubochin (Lubochic) sind 9 evangelisch-deutsche Kinder vorhanden, die nur polnischen Unterricht in den polnischen Schulen der betr. Orte erhalten. Auch diesen fehlt der Religionsunterricht. Wenn die Schulbehörde, dem Willen und Antrage der evangelischen Eltern entsprechend, die evangelischen Hausväter der drei genannten Ortschaften zu einer Schulgemeinde zusammengelegt hätte, so wären 46 Kinder zusammengekommen. Auf dieser und noch höheren Höhe würde sich die Schülerzahl dauernd halten lassen, so daß der Fortbestand der evangelischen Schulgemeinde Simkau dauernd gesichert wäre. Als Schulhaus könnte das bisherige evangelische Schulhaus Simkau weiter benutzt werden. Die polnischen Kinder, die jetzt in die Schule in Simkau gehen, könnten nach Lubochin überwiesen werden, wohin sie auch früher gingen, ehe sie der Simkauer Schule einverlebt wurden, um die Schule zu polonisieren. Diese Regelung würde dem Prinzip der konfessionellen und nationalen Trennung entsprechen, das in der Verfügung des Posener Teilstaats vom 10. 8. 20 ausgesprochen ist.

2. In Tezjorken (Tezjorki), Kreis Schwedt, ist vor einem Jahre trotz Protest der deutschen Eltern der deutsche Lehrer fortgenommen worden. Die jetzt vorhandenen 30 deutsch-evangelischen Kinder erhalten von der polnischen Lehrkraft des Ortes nur polnischen Unterricht. Gleichfalls in polnischer Sprache vom polnischen Lehrer in der polnischen Schule in Karolina werden die 21 deutsch-evangelischen Kinder aus Karolina und die 5 deutsch-evangelischen Kinder aus Blondamin unterrichtet. Evangelischer Religionsunterricht fehlt für die Kinder aller drei Ortschaften. Diese ganze Anlegenheit wäre nach dem Willen und Antrage der deutschen Eltern behoben, wenn die evangelischen Hausväter der Orte Tezjorken, Blondamin und Karolina zu einem evangelischen Schulverband Tezjorken mit Benutzung des Schulhauses Tezjorken zusammengelegt würden. Karolina ist von Tezjorken nur 1 Kilometer entfernt. Blondamin 8 Kilometer. Die polnisch-katholischen Kinder aus Tezjorken könnten die 1 Kilometer entfernte polnische Schule in Karolina besuchen. Die Zahl der deutschen Kinder in der so gebildeten Schulgemeinde Tezjorken würde 46 betragen und die Schule dauernd lebensfähig sein. Dem Prinzip der nationalen und konfessionellen Trennung wäre Genüge getan.

Wie in diesen beiden Fällen, so würde sich in hunderten anderen bei entsprechender Vermaltungssympathie der Schulbehörde ermöglichen lassen, deutsche Schulgemeinden zu erhalten oder neu zu bilden, ohne daß die polnischen Hausväter irgendwie benachteiligt würden, die deutschen Hausväter aber den Unterricht ihrer Kinder in der Muttersprache gesichert sähen. Dadurch würde die Schulbehörde auch dem Art. 9 des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919 entsprechen, wo gesagt ist: „daß der polnische Staat in den Bezirken, wo eine beträchtliche Anzahl deutscher Kinder vorhanden sind, „Erleichterungen“ treffen soll, durch die den Kindern der Minderheit „der Unterricht in der Muttersprache“ sichergestellt wird.“ Das ganze bisherige Verhalten der Posener und Pommerschen Schulbehörden geht aber statt dessen darauf aus, Ershwerisse herbeizuführen, um den Unterricht der deutschen Kinder in ihrer Muttersprache unmöglich zu machen.

Darum fragen wir den Herrn Minister an:

1. Ist dem Herrn Minister die verfassungswidrige Verwaltungssympathie bekannt, die die Posener und Pommerschen Schulbehörden bei der Neu- bzw. Umbildung von Schulgemeinden anwenden?
2. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, daß bei der Bildung von Schulverbänden das Prinzip der nationalen und konfessionellen Trennung durchgeführt und die Wünsche der deutschen Eltern berücksichtigt werden?
3. Welche Maßnahmen will der Herr Minister ergreifen, daß die Erleichterungen und Sicherstellungen, von denen im Minderheitenschutzvertrag die Rede ist, von den Posener und Pommerschen Schulbehörden nicht ins Gegenteil verkehrt werden?

Warschau, den 2. April 1924.

Die Intervallanten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verjährigkeit eingesetzt.

Bromberg, 7. April.

Verband deutscher Handwerker.

Am gestrigen Sonntag fand im Civikino die ordentliche Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft des Verbandes deutscher Handwerker in Polen e. V. statt, welcher eine Vorstand- und Aufsichtsratssitzung voranging. Die Versammlung wurde um 10½ Uhr vom stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Kurt Kleinig eröffnet und geleitet. Es waren 86 Delegierte mit 550 Stimmen anwesend. Nach Prüfung der Vollmachten wurde der Geschäftsbereich verlesen, und im Anschluß daran die Bilanz und die Gewinn- und Verlustabrechnung bekanntgegeben und von der Versammlung einstimmig genehmigt. Hieraus wurde der Geschäftsführer, dem Vorstand und Aufsichtsrat die satzungsgemäßige Entlastung erteilt. Eine nahezu einstündige Debatte rief die Erhöhung der Anteile hervor, welche werbend angelegt werden sollen. Aus dieser Debatte ging der einstimmige Beschuß hervor, die Anteile auf 15 Goldfrank mit gleicher Haftsumme zu erhöhen, zahlbar in drei Naten zum 1. Mai, 1. Juni und 1. Juli.

Die hieraus bedingte Satzungänderung wurde debattlos genehmigt. Das Ergebnis der Vorstandsgewahl war die Wahl des Fabrikbesitzers Franz Witte, Bromberg, zum Vorsitzenden. Zu Beisitzern wurden Duschlermeister Emil Menning und Schmiedemeister Hasselmann, Bromberg, gewählt. In den Aufsichtsrat wurde Friseurmeister Erich Uthke, Bromberg, und Herr Steinsechsmester Otto Tonn, Roggen, berufen, welche die Wahl annahmen. Ein Antrag der Ortsgruppe Dirschau, daß selbst eine Filiale einzurichten, wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat zu weiterer Bearbeitung überwiesen. Der Antrag der Ortsgruppe Bojanowo, welcher die Einstellung eines kaufmännisch vorgebildeten Leiters betraf, wurde nach längerer Aussprache einstimmig abgelehnt. Im weiteren Verlauf wurden Meinungen über verschiedene Steuerprobleme ausgetauscht, welche zur entgültigen Erledigung für die heutige Tagung des Verbandes deutscher Handwerker zurückgestellt wurden. Nach Verlesung und Genehmigung des Protocols wurde die nahezu achtstündige Sitzung nachmittags 5 Uhr geschlossen. Der Gesamteinbruck dieser Generalversammlung war der, daß sämtliche Delegierten das zielbewußte Streben der „Gen“ nicht nur erkannt, sondern sich auch bereit gefunden haben, den Ausbau der „Gen“ an allen Orten zu fördern und dazu ihre Dienste uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.

Einen Begegnungstag

für die Teilnehmer an der Tagung des Verbandes deutscher Handwerker in Polen veranstaltete am Sonnabend die Ortsgruppe Bromberg in Form eines „Wunder Abends“ im von Herrn Koch festlich geschmückten Saale des Civikinos. Nach den Begegnungsansprachen des Verbandsvorstandes, Steinsechsmester Kleinig und des ersten Obmanns, Steinsechsmester Schröder, wurde der Reigen der Darbietungen durch den gemischten Chor „Bromberg Ost“ eröffnet mit Mozarts Bundeslied „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“. Andere Chorvorträge unter Leitung des Dirigenten, Enzelle, Kruck, folgten, und im weiteren Verlauf gab es eine bunte Reihe von Darbietungen verschiedener Art. Fr. Wiśniewski sang mit schönem Ausdruck mehrere Lieder. Frau Stenzel fesselte die Hörer durch mehrere hübsch und wirklich sinnvolle Recitationen und Kunsts, ein von drei Damen vorgeführter hübscher Tanz „Alt und jung“ brachte weitere Abwechslung, und humoristische Darbietungen des Herrn Ecker sorgten für weitere angenehme Unterhaltung. Alles fand freundlichen und lebhaften Beifall und Anklang und so gab es einige unterhaltsame Stunden im freundschaftlich geselligen Kreise.

§ Neue Liquidierungen meldet das Gesetzblatt „Monitor Polski“ Nr. 77. Es handelt sich um das Rittergut Sarnowko im Kreise Rawitsch, Grundbuch Band II und Band X Karte 8, 268, 388 und Band IV Karte 212, und um weiteren Landbesitz in der Gemeinde Sarnowko, Eigentümer Wilhelm Ulugos zu Sarnowko.

§ Jubiläum des Evangelischen Gesangbuchs. Das erste evangelische Gesangbuch ist im Jahre 1524 erschienen. Die evangelische Kirche rüstet sich altherwegen, dieses Ereignis in dankbarer Freude zu feiern. Das Evangelische Konstistorium zu Posen ordnet demnach auch für seinen Aufsichtsbereich an, daß am Sonntag Kantate, 18. Mai 1924, in allen Gottesdiensten dieses Ereignisses in Predigt und Gebet gedacht und die Gemeinde an den reichen Schatz erinnert werde, den sie im Gesangbuch hat.

§ Wieder Gas. Die Direktion des städtischen Gaswerks teilt mit, daß es am morgigen Dienstag von 8 Uhr morgens ab wieder Gas gibt. Wir verweisen auf die bezügliche amtliche Anzeige und namentlich auf die darin enthaltene Mahnung zur Vorsicht bei der Wiederaufnahme der Gasbenutzung.

§ Selbstmordverlust. In der Trunkenheit hatte ein gewisser Jan Gaellarek sich aufgeknüpft. Er wurde aber rechtzeitig abgeschnitten und ins Leben zurückgerufen.

§ Diebstahl. Aus einer Wohnung Brunnenstraße 15 (Chwytow) wurde ein Anzug und ein Räucherschinken gestohlen.

§ Festgenommen wurden vier Betrunke und eine Sittendirne.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Uhrmacher- und Goldschmiede-Vereinigung, Bydgoszcz. Heute, Montag, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Buhs. (1683) Verein der Grund- und Haushälter Brombergs hält am Dienstag, den 8. d. M., abends 1/2 Uhr, im Civikino seine Jahresversammlung ab.

Cäcilienverein. Übungsstunde am 8. April fällt aus.

Nächste Übungsstunde: Dienstag, 15. Apr., 8 Uhr, Privatgymnasium. (1681)

Deutsche Schule Bydgoszcz, T. A. Die Premiere von August Strindbergs „Totentanz“ ist folgendermaßen angesetzt: Freitag, den 11. April, „Totentanz I. Teil“, Dienstag,

den 15. April, „Totentanz II. Teil“. Für den Besuch Jugendlicher unter 16 Jahren sind die Aufführungen nicht geeignet.

* **Posen (Poznań), 5. April.** Der Wasserstand der Warthe betrug Sonnabend früh 6 Uhr in Posen an der Wallischebrücke 5,88 Meter, um 8 Uhr 5,29 Meter, ist mittlerweile seit dem Hochwasserstande am Mittwoch inzwischen um rund 1,10 Meter gesunken. Gestern haben sich auf der Wallischei zwei mit dem Hochwasser im Zusammenhang stehende Unglücksfälle abgespielt. Einmal ist, wie schon erwähnt, das Mauerwerk der Dombrücke an der nach der Stadt zu liegenden Seite auf 1½ Meter Länge gestern in der zwölften Vormittagsstunde zusammengefallen. Von einem Einsturz der ganzen Dombrücke kann unter diesen Umständen glücklicherweise keine Rede sein. Gleichwohl mußte der gesamte Verkehr über die Dombrücke polizeilich gesperrt werden. Der zweite Unglücksfall traf den Eisenbunddamm zwischen der Gerberdamm- und der Dombrücke. Dieser war vom Hochwasser so stark unterspült worden, daß ebenfalls gestern ein Brüterzug, der mit Holz für die

Firma Bracta Stabrowsen auf ihm fuhr, etwa 1½ Meter tief in dem Sande versank. Der Lokomotivführer rettete sich durch einen Sprung. Die Lokomotive und vier Waggons saßen fest; die Lokomotive ist erheblich beschädigt.

Aleine Rundschau.

* Der deutsche Boxmeister schlägt seinen englischen Kollegen. Im Berliner Sportpalast standen sich am Freitag abend der deutsche Schwergewichtsmeister Paul Samson-Körner und Frank Goddard, der Inhaber des gleichen Titels in England, gegenüber. Samson-Körner hatte gegen den durch Größe und Gewicht begünstigten Engländer einen schweren Stand, war ihm aber an Technik überlegen und erstritt in zehn Runden einen klaren Punkt sieg. Der deutsche Meister, der erst vor wenigen Wochen im Kampf gegen Breitenbächer diesen Titel erwarb, bemüht sich darum, die Europa-Meisterschaft zu erringen.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Valorisationsfrank für den 7. und 8. April: 1800 000 Mr. Polnische Mark am 5. April. Die Notierungen sind nicht ein-

gestanden. Warschauer Börse vom 5. April. Scheids und Umsätze: Belgien 435 000—448 500, Holland 3 475 000—3 445 000, London 40 350 000—40 100 000, New York 9 350—9 300 000, Paris 540 000 bis 531 500, Prag 276 600—268 750, Schweiz 1 625 000—1 612 500, Wien 132,10—130,75, Italien 412 000—406 450, Goldfrank 1 800 000. — Devisen (Barzahlung und Umsatz): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000, franz. Franken 542 500—537 500.

Amsterdamse Devisenkurse der Danziger Börse vom 5. April. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verlehrerbriefe Scheid: Warschau (1 000 000) 0,618 Geld, 0,622 Brief. Banknoten: 100 Nentenmark 126,682 Geld, 127,318 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,617 Geld, 0,617 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,785 Geld, 5,8145 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 124,498 Geld, 125,062 Brief, New York 1 Dollar 5,7905 Geld, 5,8195 Brief, Holland 100 Gulden 214,83 Geld, 215,92 Brief, Südtirol 100 Franken 100,75 Geld, 101,25 Brief, Kopenhagen 100 Kronen 95,361 Geld, 95,389 Brief, Warschau 1 Million Pmk. 0,618 Geld, 0,622 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen		In Billionen	
	5. April	Geld	4. April	Geld
Amsterdam . . . 100 fl.	156,11	156,89	155,61	156,39
Buenos Aires . 1 Bel.	1,375	1,325	1,375	1,385
Brüssel, Antw. 100 Fr.	20,25	20,35	20,25	20,35
Christiansburg . . 100 Kr.	57,36	57,64	57,06	57,54
Kopenhagen . . 1 00 Kr.	69,43	69,77	69,43	69,77
Stockholm . . 100 Kr.	110,92	111,48	110,92	111,48
Stettinborg 100 finn. M.	10,57	10,63	10,57	10,63
Italien . . 100 Lira	18,45	18,55	18,45	18,55
London . . 1 Pfd. Sterl.	18,105	18,195	18,065	18,145
New York . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,21	4,21
Paris . . 100 Fr.	24,19	24,31	24,19	24,31
Schweiz . . 100 Fr.	73,22	73,58	73,32	73,68
Spanien . . 100 Pes.	55,86	56,14	55,06	55,34
Lissabon . . 100 Escudo	13,21	13,29	13,21	13,29
Japan . . 1 Yen	1,795	1,805	1,795	1,805
Rio de Janeiro 1 Mil.	0,485	0,495	0,485	0,495
Wien . . 100 000 Kr.	6,08	6,12	6,08	6,12
Prag . . 100 Kr.	12,71	12,79	12,71	12,79
Jugoslavien 100 Dinar	5,63	5,67	5,63	5,67
Budapest . . 100 000 Kr.	5,98	6,02	5,98	6,02
Sofia . . 1 100 Leva	3,29	3,31	3,29	3,31
Danzig . . 100 Gulden	72,41	72,79	72,21	72,59

Österreicher Börse vom 5. April. Neumark 5,75, London 24,78, Paris 33,10, Wien 81, Prag 17,00½, Italien 25,20, Belgien 27,90, Holland 21,50, Berlin 1,20.

Die Landesdeichschaften zahlten heute für 1 Goldmark 2 222 000, 1 Silbermark 920 000, 1 Dollar,

Wir zahlen als Dividende auf unsere Aktien für das Rechnungsjahr 1923

gegen Einlieferung der Kupons den Gegenwert von

10 Groschen

auf eine Aktie.

Bydgoszcz, den 5. April 1924.

Bank M. Stadthagen Tow. Akc.

Versteigerung
Dienstag, d. 8. 4. 1924,
nachm. 3 Uhr werde
ich Jagiellonstra 12.
Schränke, Tische,
Stühle, Bettgestelle,
Korbarmut, Chaisel,
Decimale, Arbeits-
wagen, Schneider-
masch., Kleidungsst.,
Rüttelengisch., u. vieles
andere meist. freiwill.
versteigern. Besichtig.
1 Stunde vorher.
B. Karlofis,
Auktionat. u. Taxator,
Kontor Jagiellonstra 12
Telefon 1459. 6833

Anabenzanzüge und
einf. Wäsche wird laub.
genährt. 6776 Heddle,
Zamojskiego (Steinft.) 6

Felle
aller Art werden lach-
gemäß gegerbt. Habe
ein Lager v. verschied.
fert. Fellen z. Verkauf.
Kaufe alle Felle auf.
Bydgoszcz - Wilczak,
Malborstal 13. 6834

Prima
Saatgerste
und 15302
Serradella
bietet ab Lager Bie-
lawiś an
Landw. Ein- und
Berl.-Verein
Dworcowa 30.
Tel. 100.

Bocianowo 4
Dort ist die
günstigste
Einkaufsstelle
von allerlei 1996
Polsterwaren
Auflege-Matratz.
Chaiselongues
Klubgarnituren
Sofas u. Stühlen.
Täglich von 9 bis 6 Uhr.

Stühle fließt
Blindenheim,
ul. Rokataja 13/14.
15173

Edendorfer
Rundfelsamen
gelb und rot
Original- 15175
Substantia
Rottlee
Timothée
Rahgras
weiß. Pferde-
möhrensamen
Rohlfalz 40%
Super-
phosphat
bietet an
Landw. Ein- u.
Berl.-Verein
Bydgoszcz,
ul. Dworcowa 30.
Lager: Bielawki
Tel. 100.

Fußbodenbelag TRIOLIN.

Dieser Fußboden- und Tischbelag ist aus besten Rohstoffen hergestellt. Er enthält weder Leinöl noch andere der Oxydation unterliegende Öle, bedarf deshalb zu seiner Erhaltung keines Wachs- oder Ölüberzuges, ist durchgefärbt und hat eine gleichbleibende, glatte Oberfläche, ist unlöslich in Wasser, Seifenlaugen und verdünnten Säuren, bietet Schutz gegen Kälte und Wärme, besitzt große Druckfestigkeit und unterliegt auch bei starkerem Gebrauch nur einer sehr geringen Abnutzung. Für die Bewährung des Materials spricht die Tatsache, daß bereits Millionen von Quadratmetern verkauft und verlegt sind.

Ausschließliche Vertretung
für Bydgoszcz und Umgegend

A. O. Jende

Bydgoszcz, Gdańsk 165.

Teleph. 14-49. Teleph. 14-49.

Große Auswahl in modernen elektrischen
Salon-, Speise- u. Herrenzim.-
Kronen, sowie Tisch- u.
Ständerlampen.

B. Jaczkowski
Bydgoszcz
Telefon 930

Ausführung
von elektrischen
Licht- und Kraft-Anlagen.
Prüfung von Blitzableitern. — Lager:
sämtlicher elektrotechnischer Materialien.

Aug. Hoffmann, Gniezno
Baumföhren-Spezialbetrieb
empfiehlt zur bevorstehenden Frühjahrs-
pflanzung sämtliche Obst- und Alleebäume, Birken, Feucht- u. Ziersträucher,
Fichten, Heden, Sparfel- und Erdbeer-
pflanzen, Blütenstaude etc. aus großen
Beständen. Sorten- und Preisverzeichnis
geht auf Wunsch kostenlos zu. 15397

Bretter
Kisten und Schalung
einige Waggons
abzugeben. Angebote unter D. 6809 an die
Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Rundfelsamen
nur gelbe und rote Edendorfer,
Gemüsesamen, Blumensamen
nur 1. Klasse Qualität!
Jul. Rosz, Gärtnerbesitzer,
ew. Trójcy 15. 15211

Ia Stüdfall
offert ab Lager
J. Pietschmann, Bydgoszcz.
Dachpappenfabrik.
Grudziądzka 7/11 (Jatobistr.) Telef. 82.

Seltener Gelegenheitskauf!

Ein Transport Damen- u. Kinder-
Mäntel angekommen

und verkaufen zu konkurrenzlosen Preisen:

Tuch-Mäntel, eleg. Ausführung 90, 98—110 000 000
Boston-Mäntel, solide Ausführung 72—118 000 000
Covercoa-Mäntel 65—78 000 000
Engl. Mäntel 58—42 000 000
Frenche-Mäntel 32 500 000—36 500 000

Grosse Auswahl in sämtlichen Tuch-, Woll- und
Baumwollwaren zu äußerst niedrigen Preisen. 15280

Bławat, Gdańsk 7.

Przemysławka Eau de Cologne
Halka für Kenner
Chypre moderne ff. Estrail's
Róża Polska
Puder Miaflor und Maryla

hygienisch, unsichtbar.
Vor Nachahmungen wird gewarnt.

HENRYK ŻAK, POZNAN,
Fabrik feiner Parfümerien. 15263

Ostergeschenke

Achtung! Achtung!

Rohöl- Motoren

Voll- und Halbdiesel
von 2—75 P. S.

lieferbar ca. 14 Tage, konkurrenzlos
billig offeriert 15288

Fabryka motorów
i maszyn
dawn. A. Reeke, T. z o. odp.
Bydgoszcz, Dworcowa 4.
Telefon 788.
Telegr.-Adr.: Motor Bydgoszcz.

Kamelhaar-Treib-
Riemen
erstklassiges deutsches Fabrikat
Ferd. Ziegler & Co.,
Dworcowa 95. 15174

Achtung, Landwirte!
habe seit Januar 1924 die Bachwiler
Dampfmühle übernommen und bin
ständiger Käufer von 15174

Getreide jeder Art
zu höchsten Lagespreisen.

Ebenso tausche
Roggen u. Weizen
gegen Mehl, Kleie u. Futterbrot
ein. T. Kitowski,
Dampfmühle Łukowice (Bachwiler)
poznań, pow. Bydgoszcz.